

März 1924.
KLEIDUNGS-HAUS
Luna
m, Hellweg 1
Anschaffung
eines
Zuges
aus nicht so kost-
le weite Kreise der
nach noch annehmen.
nen täglich die Er-
daß unsere Kunden
für einen guten ferti-
100 Mk. und mehr
müssen. Wir lie-
für 35-70 Bll. Mk.
us wirklich guten
le Ausstattung jedes
Stückes mit besten
und guter Verarbeit-
Ihnen die Gewähr,
bei uns das Beste
Besten kaufen.
Kleidungsstücke
ne jeden Aufschlag
eserviert.
Kunden erhalten
hart vergütet.
n Verkauf
d, Schweiß- und St-
behehr suchen wir für
treter.
e, Zweigniederlass.
in Wallbrechtstr. 88.
re tätige
former
Mr. 20008 an die Ges.
zarte Hontrop
ppendorf
erlässiger
ngsbote
in der Geschäftsstelle
raltstraße 11.
fischer Sprecher.
Herren-Fahrrad
neu, eleg. Tourer
modell, aus. Fahrrad,
fortschrittsreicher weit
unter Preis an verk.
Seitwärts 12, 2. W.
(Hinterhaus).
Verkaufe megenaus
mein großes
Wohnhaus
in Gienach (Zürich).
gevorungte Lage.
Einmündigkeit. 1000
m². 5-6 Zim-
mer, wird für 5000
Mark abzugeben.
Hinterhaus.
Dr. W. W. W. W.
Hinterhaus.
Janradet
sowie Teile kauft
Krüger,
Bachm.
Dorfener Straße 33
engl. und franz.
suchen wir für
und Ellen
er,
schluß mit uns zu
an die
ellhoff m. o. o.
Telefon 1036.
marobanbels-
lmegeand für
el und Wirt-
ten
er.
0010 an die Ge.

Erscheint wochentags morgens.

Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher

Einzelnummer 120 Milliarden Mk.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck: Buchdruckerei W. H. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.

Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum, Geschäftsstelle: Bubenbergr. 11, Fernsprecher 125.
Postfachkonto Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Bubenbergr. 4, Fernsprecher 125.

Nr. 3.

Dienstag, den 25. März 1924.

96. Jahrgang.

Einreichung von Kreis-Wahlvorschlägen für die Reichstagswahl.

Nach dem neuen Reichswahlrecht müssen Kreiswahlvorschläge von 500 Wählern unterzeichnet sein. In Stelle von 500 genügen 20, wenn diese glaubhaft machen, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Kreiswahlvorschlags oder eines anderen sind, mit dem sich der Wahlvorschlag verbinden oder der sich dem gleichen Reichswahlvorschlag anschließen will. Der Reichsmittler hat in einem Rundschreiben an die Landesregierungen ausgeführt, daß für die Parteien, die im letzten Reichstage durch Abgeordnete vertreten waren, unbedingt unterstellt werden kann, daß ein von ihnen in einem Wahlkreis eingereichter Wahlvorschlag die geforderte Zahl von Anhängern hat. Er hat daher gebeten, die Erklärung der Unterzeichner, daß ihr Wahlvorschlag dem Reichswahlvorschlag einer bisher im Reichstag vertretenen Partei angegeschlossen wird, als ausreichende Glaubhaftmachung im Sinne der bezeichneten Vorchrift anzusehen. Als solche Parteien kommen in Betracht:

Bayerischer Bauernbund, Bayerische Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Deutsch-Bannoberische Partei, Deutschnationale Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei, Kommunistische Partei Deutschlands, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Zentrumspartei.

Bereitungen für die Reichstagswahl.

Die Kandidaten

der Christlich-Sozialen Volksgemeinschaft.

TU. Schwerin, 24. März. In der hier abgehaltenen Vorstandssitzung und Delegiertenversammlung der Christlich-Sozialen Volksgemeinschaft wurden folgende Spitzenkandidaten aufgestellt: Wahlkreis Westfalen-Nord: Volksmeister A. D. Johann Riedel-Wedder. A. D. Weller, Wahlkreis Westfalen-Süd: Ober-Verwaltungsinspektor Ernst Buttler-Wanne, Wahlkreis Düsseldorf-Ost: Redakteur Johann Doeberich, zur Zeit in Belgien. W. Wahlkreis Düsseldorf-West: Reichsanwaltschaftsrat E. A. Krensch. Bochum, Wahlkreis Köln-Main: Bergmann Franz Schmitz-Duer. W. Wahlkreis Berlin: Volkskreditrat A. A. Krensch. Berlin, Wahlkreis Sachsen: Bürgermeister H. A. Krensch. Die Aufstellung der übrigen Kandidaten erfolgt am 2. April in Schwerin. In Baden und Schlesien werden eigene Listen aufgestellt; desgleichen auch in Ost- und Westfalen.

Spitzenkandidaten der Demokraten.

Köln, 24. März. Der Wahlkreis der Deutschen Demokratischen Partei für den Wahlkreis Köln-Main stellte als Spitzenkandidaten für die Reichstagswahlen den Landtagsabgeordneten Gottschalk auf, sowie an zweiter Stelle den Reichstagsabgeordneten Dr. Küppers-Düsseldorf.

Vertreter der rhein.-westf. Industrie in Berlin.

TU. Berlin, 24. März. Wie die Telegraphen-Union erfährt, treffen heute Abend Vertreter der rheinisch-westfälischen Industrie in Berlin ein, um mit der Reichsregierung über die Frage der Wicuum-Verträge, die bekanntlich am 15. April ablaufen, Besprechungen abzuhalten. Die Vertreter des Ausschusses wollen sich über den Standpunkt der Reichsregierung unterrichten, ehe neue Verhandlungen mit der Wicuum in Düsseldorf anknüpft werden. Es ist kaum zu erwarten, daß das Ergebnis der Besprechungen in konkreten Beschüssen zum Ausdruck kommen wird. Die Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Reich finanzielle Aufwendungen für die weitere Durchführung der Wicuum-Verträge über den 15. April hinaus nicht machen kann. Die Besprechungen mit der Gescher-Kommission, die ursprünglich schon für heute vorgesehen waren, werden erst am Dienstag unter Anwesenheit des Reichskanzlers beginnen.

Der Beamten-Urlaub.

Der Erholungsurlaub der Reichsbeamten ist durch Beschluß der Reichsregierung für das Jahr 1924 gegenüber dem bisherigen Urlaubsbaur für die Beamten bis zum 30. Lebensjahre um 7 Tage, für die Beamten vom 30. bis zum 40. Lebensjahre um 5 Tage gekürzt. Den Beamten über 40 Lebensjahre wird der bisherige Urlaub belassen.

Die Urlaubsdauer beträgt also in Tagen:

Bei einem Alter	bis zu	über
30 Jahren	30 bis 40	40
für Besoldungsgr. 1 bis 4	14	19
für Besoldungsgr. 5 bis 8	17	23
für Besoldungsgr. 9 bis 12	21	26
für Besoldungsgr. 13 u. darüß.	28	33

Reichskanzler und Reichsaussenminister wieder in Berlin.

TU. Berlin, 24. März. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann und der Reichskanzler Dr. Marx sind von ihrer Reise wieder in Berlin eingetroffen.

Dr. Luther in Dresden.

TU. Dresden, 24. März. Am 22. März hat der Reichsfinanzminister dem Landesfinanzamt in Dresden einen Besuch abgestattet. Er unterrichtete sich im Besonderen über die Frage der Schuldenübertragung des Landesfinanzamtes und beauftragte hierbei die einzelnen Dienststellen des Landesfinanzamtes und das Finanzamt West. Ferner hob er in einer Ansprache vor der Beamtenschaft der beiden Abteilungen des Landesfinanzamtes und des

Zwei volksparteiliche Reden.

Dr. Stresemann über die Lage.

Am Sonntag sprach, wie schon kurz berichtet, in Darmstadt auf einer von der dortigen Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei einberufenen Versammlung Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Er führte u. a. aus:

Der Ausfall der Wahlen in Deutschland wird wesentlich sein für die weitere innere Entwicklung unseres Vaterlandes. Er wird aber auch die großen weltpolitischen Entscheidungen beeinflussen. Wir sind in unserer ganzen Innenpolitik abhängig von der Außenpolitik, machen aber in Deutschland oft den Fehler, daß wir die Innenpolitik und den Kampf der Parteien gegeneinander als das Entscheidende ansehen, statt uns vor Augen zu führen, daß wir alles, was hier geschieht, uns auch unter dem Gesichtspunkt ansehen müssen, wie es auf die zu erwartenden weltgeschichtlichen Entscheidungen wirkt. Was die Innenpolitik angeht, so werden wir in Deutschland, so lange wir nicht das Zweiparteiensystem haben, nur eine Politik der Kompromisse führen können. Es ist nicht, daß wir jetzt eine Front nationaler Einheit nach außen hin darstellen, so wie sich bei den großen Abstimmungen der Wille zur nationalen Einheit gezeigt hat. Genau so muß auch jetzt der oberste Grundsatz jeder Politik sein: der Gedanke der Zusammenführung der Parteien, der Gedanke der Volksgemeinschaft.

Die Deutsche Volkspartei hat in 4 Kabinetten mitgewirkt, so fuhr der Redner fort. Man wirft uns manchmal von rechts immer wieder vor, wir hätten außen- und innenpolitisch wenig oder gar nichts erreicht. Wir sind ein weissenes Volk und können daher nur eine entsprechende Politik treiben. Wir sind aber trotzdem nicht weissen. Unsere einzige Wehr ist die große nationale Volksgemeinschaft. Es gilt, diese Idee in alle Volksteile hineinzutragen. Dann können wir auch außenpolitisch geltend machen, daß ein Volk von 60 Millionen das Recht und seine Existenz fordert. Man spricht immer vom Zerreißen des Versailles-Vertrages. Daß der Vertrag in diesem undurchführbar ist, ist heute eine Auffassung, die weit über Deutschland hinaus geht. Man erkennt, daß die Weltwirtschaft zerfällt und in unseren Untergang hineingezogen würde. Ich warne aber zu glauben, daß man eine Veränderung der Verhältnisse durch die Formel der Zerreißen des Versailles-Vertrages.

Dr. Stresemann wandte sich dann der Frage der geistigen Einstellung des Auslandes gegenüber Deutschland zu, wobei er betonte, daß sich in den letzten 4 Jahren eine, wenn auch langsame Besserung zugunsten Deutschlands vollzogen hat. Diese geistige Umstellung ist ein Ergebnis der jähren Arbeit der Regierung unter besonders schwierigen Verhältnissen. Sie beweist ferner, daß das Außenministerium nicht schläft, sondern zielbewußt das irgend Mögliche zu erreichen sucht. Das Ausland erkennt auch, daß wir durch unsere Finanzmaßnahmen selbst mit brutalen Mitteln gegen unsere eigenen Volksgenossen um unsere Existenz als Staat ringen und uns zu behaupten suchen.

Der Reichsaussenminister kam dann im Zusammenhang mit der Frage der Sachverständigen-Ausschüsse auch auf die Goldnotenzahl zu sprechen und erklärte, von einer Internationalisierung dieser dabei nicht die Rede sei.

Dr. Stresemann wandte sich dann vor allem gegen die Vorwürfe bezüglich der Bildung der großen Koalition und des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie. Wenn man dieses Verhalten als eine Unterstützung des Marxismus oder gar als Marxismus

bezeichnet, so müsse er fragen, war der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen, die Rückkehr des Kronprinzen mit Zustimmung der Sozialdemokraten, das Arbeitszeitgesetz etwa aus marxistischer Denkweise geboren? In der Währungsfrage gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder weiter Papiermark zu drucken oder hin- und her zu verhandeln, um zu beständigen Verhältnissen zu kommen. Der Staat konnte nicht balanciert werden ohne den Währungsabbau. Wer das Gegenteil behauptet, ist ein Demagoge.

Dr. Stresemann kam dann auf den Putz in Bayern zu sprechen. Die Regierung, die die Reichswehr in Sachsen einmarschieren ließ, hätte erwarten dürfen, daß ihr nicht die äußerste Rechte in die Hand fiel. Hitler aber wollte nach Berlin marschieren, habe sich aber nicht getraut, was er machen wollte, wenn er in Berlin wäre. Sein Vorgehen war nach außen und innen geeignet, Deutschland in die schwersten Gefahren zu führen. Zum Schluß betonte der Redner, daß naturgemäß die verantwortliche Mitwirkung an der Regierung nur Unpopularität mit sich bringe. Trotzdem sei die Deutsche Volkspartei stolz darauf, die Verantwortung zu tragen und tragen zu dürfen. Die Partei sei nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Das Vaterland über die Partei soll und muß die Lösung sein! (Lebhafte Beifall.)

Dr. Scholz über die Politik der Tat.

Hamburg, 23. März. Auf dem gestern in Hamburg abgehaltenen Parteitag der Deutschen Volkspartei hielt der Vorsitzende der Fraktion im Reichstage, Reichsminister A. D. Scholz, eine Rede über die

politische Lage im Reich. Der Minister führte u. a. aus: Ein Rückblick auf die letzte Zeit der deutschen Politik muß weniger eine Kritik des letzten Parlamentes, als der Regierung sein. Welches war das Wesentliche dieser Politik? Es war eine Politik, die auch der Deutschen Volkspartei im Wahlkampf das Kennwort geben soll, die Politik der Tat. Wirtschaftlich bleibt unsere Politik auf zwei Punkte eingestellt:

1. Erhaltung der Stabilität unserer Währung, das heißt zugleich

2. daß wir fähig werden, aus eigenen Einnahmen unserer Haushalt im Innern zu bestreiten.

Der Redner wandte sich dann parteipolitischen Fragen zu und sprach eingehend von dem kürzlich erfolgten Zusammenbruch innerhalb der Deutschen Volkspartei zur Nationalliberalen Vereinigung. Das Entscheidende an ihm bleibt, daß ihre Gründer und Anhänger fest auf dem Boden unserer Anschauungen stehen. Dieser Beschluß bedeutet bewußte Wehr von der großen Koalition. Sie hat, das muß gesagt werden, gründlich Schiffbruch erlitten. Sie hat gezeigt, — und das ist die Überzeugung der ganzen Reichstagsfraktion — daß auf die Dauer im Reich mit der Sozialdemokratie in ihrer jetzigen Zusammensetzung eine gesunde parlamentarische Politik nicht geleistet werden kann. Wir sind und bleiben eine monarchische Partei und werden dieses Bekenntnis zum monarchischen Staat nicht ver- gessen. (Stürmischer Beifall.) Nicht durch negative Kritik, sondern durch positive Mitarbeit am Reich, wie es nun einmal ist, können wir unser Vaterland wieder besseren Zeiten entgegenführen. Wir wollen festhalten an der nationalen Idee und werden uns hierin von keiner Partei bevormunden lassen. (Beifall.)

der letzten Zeit immer mehr geltend macht, für geeignet, den Ausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen im höchsten Maße zu fördern oder ganz zu verhindern, ein Verfahren, das volkswirtschaftlich von größtem Schaden ist und geradezu Begegnung zum Volkswirtschaft führt.

Genosse Gompers,

Führer der amerikanischen Gewerkschaften.

Mussolini über den Fasizismus.

TU. London, 24. März. Mussolini hat gestern in Rom eine große Rede gehalten. Es gab keine Handlung von internationaler Tragweite, an der sich Italien nicht beteiligte. Ein jeder wisse, daß Italien eine friedliche Politik treibe. Es habe Ausland als eine auf der politischen Karte einsam stehende Einheit anerkannt. Keiner werde gegen die eventuelle Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund etwas einzuwenden haben. Mussolini hat dann in nachfolgenden Sätzen die Grundsätze der faschistischen Partei zusammengefaßt: Der Staat muß stark sein; die Regierung muß sich und die Nation gegen alle Angriffe verteidigen können. Sämtliche Volkswirtschaften sind zur Schutzhilfe heranzuziehen. Die religiösen Gebräuche müssen geschützt werden. Ueber allem aber steht die nationale Kraft. Schließlich enthält die Rede des italienischen Ministerpräsidenten die beachtenswerten Feststellungen, daß die Regierung nach den Wahlen das Parlament seines Amtes walten lassen werde, vorausgesetzt, daß das Parlament dazu imstande sein werde.

Vor Ausrufung der Republik in Griechenland.

TU. London, 24. März. Aus Athen wird gemeldet, daß das Parlament heute zusammentreten und die Regierung eine Resolution auf Ausrufung der Republik und Abänderung der Regierungsform einbringen wird.

Der sozialdemokratische Wahlaufruf.

Zunächst eine Feststellung: der diesmalige Wahlauf- ruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes ist merk- würdig sachlich gehalten. Es ist also doch nicht ganz das- selbe, ob man 50 Jahre hindurch in einer völlig ver- neinenden Opposition gestanden hat oder ob man selbst an der Verantwortung mitgetragen hat. Bis 1914 waren eben für die Sozialdemokratie die Wahlerfolge billiger zu haben. Man wußte genau, wie alles besser gemacht werden konnte, und beschränkte sich in vielen Fällen praktisch darauf, soziale Fortschritte mit dem Hinweis abzulehnen, sie seien vollkommen ungenügend und daher unannehmbar. Man versprach den Wählern das Blaue vom Himmel herunter, blieb aber in den Parlamenten und Gemeinderäten die aufbauende praktische Mitarbeit größtenteils schuldig. Die Staats- und Gemeindefinanzverhältnisse wurden abgelehnt, denn man hatte ja nicht in den Parlamenten und — soweit Pre- sidenten in Frage kommt — in den Gemeindevorständen die Mehrheit, brauchte also mit irgendwelchen Folgen dieser Verneinung nicht zu rechnen.

Jetzt möchte man an die Zeit vor dem Kriege, an die Bestrebungen, dem Staate und den Gemeinden das Daseinsrecht nach Möglichkeit zu erschweren, und vor allem an die damaligen unerlösten Versprechungen nicht mehr gern erinnern sein. Man rechnet damit, daß das Wahlergebnis diesmal für die Sozialdemokratie nicht erfreulich werden wird, und sucht daher bei der allge- meinen Flucht aus dem sozialdemokratischen Lager das zu retten, was zu retten ist. Das glaubt der Partei- vorstand dadurch zu erreichen, daß er eine scharfe Kampf- stellung gegen die bürgerlichen Parteien einnimmt, weil er, und das sicher nicht mit Unrecht, annimmt, daß von dort die größte Gefahr droht. Hitler und Ludendorff — wie wollen hier keine Stellung zu diesen Männern einnehmen — kommen natürlich besonders schlecht weg, während den Kommunisten im Aufzuge ganze sechs Zeilen gewidmet sind. Es ist leicht, den bürgerlichen Par- teien Steuererhöhungen vorzuschreiben, wie es der Auf- ruf tut, aber wie war es denn 1921 und 1922? Die deutsche Regierung hatte, und zwar unter Zustimmung der Sozialdemokratie, die Londoner Forderung ange- nommen. Wir mußten, um die vorgelegenen Zahlungen an die Alliierten durchzuführen zu können, im Ausland große Mengen Devisen ankaufen und konnten dies nur auf Kosten des Marktwerts tun. Die Geldentwertung begann sprunghaft fortzuschreiten, sie kam auch 1923 nicht zum Stillstand und erreichte beinahe im Herbst 1923 ihren Höhepunkt. Erst als man damals die Noten- presse stillgelegt und mit der durch Hypotheken und Grundschulden auf den gesamten Volksgesicherten Ren- temarkt ein wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen hatte, konnte man an die Umstellung der Steuern auf Gold gehen. Vorher war das aus hier nicht näher zu erklärenden Gründen — wir erinnern nur an die Sal- tung der beiden mit Hilfe der Sozialdemokratie gebil- deten Kabinette Dr. Wirth — nicht möglich, denn jede Steuer wäre, bis sie sich im Reichs- oder Landeshaushalt ausgewirkt hätte, von der Inflation größtenteils verschlungen worden.

Wie steht es weiter mit der Ausrufung der Volks- herrschaft über die Volkswirtschaft, die der Aufruf als besonders erstrebenswertes Ziel betrachtet? Zunächst steht fest, daß in einem demokratischen Staatswesen die Wirtschaft nicht vom Staate, sondern der Staat in seinem Aussehen von der Wirtschaft bestimmt wird. Der Wer- tantilismus war ehemals in Preußen, Frankreich und Spanien mit ihrer zu neun Zehntel landwirtschaftlichen Einstellung nur deshalb möglich, weil das absolute Fürstentum alle Machtmittel in seiner Hand vereinigte. Es brauchte zu seinen vielfachen Kriegsunternehmungen Geld und konnte dies nur dadurch erlangen, daß es zur Erreichung einer aktiveren Handelsbilanz Handel und Gewerbe durch Vorzugsbehandlung förderte. Reichstag und Regierung würden jetzt bei uns ein anderes Bild zeigen, wenn Deutschland nicht ein Industrie-, sondern ein Agrarstaat wäre, und gerade die Sozialdemokratie hat sich ja in Preußen nicht mit Unrecht darüber beklagt, daß dort bis zur Revolution die Landwirtschaft in Re- gierung und Landtag das Übergewicht hatte, während die Entwicklung zum Industriestaat längst vollzogen war. Die Formel müßte also richtig heißen: die Ver- körperung der Gesamtheit der Wirtschaftsglieder bestimmt den Staat, und nicht umgekehrt.

Im übrigen wieder das alte Lied: die Kapital, die Arbeit! In jeder Volkswirtschaft aber müssen Arbeit und Kapital einander ergänzen, sie sind aufeinander an- gewiesen. Das nicht einsehen wollen, bedeutet eine völ- lige Verneinung volkswirtschaftlicher Grundfakten. Nicht umsonst marschiert Deutschland in der sozialen Gesell- schaft an der Spitze der Staaten. Das war angesichts der vorrevolutionären Haltung der Sozialdemokratie nur dadurch möglich, daß sich im Reichstag immer eine Wehr-

heit für die sozialen Erfordernisse zusammenfand. Die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten hatte sich ständig gehoben, bis der Kriegsausbruch diesem wirtschaftlichen Aufstiege ein jähes Ziel setzte. Eine geringere Arbeitsleistung besaß der deutsche Arbeiter mit seiner geringeren Kaufkraft seines Lohnes, jede Steigerung der Erzeugung schloß auch für ihn eine Verbilligung der Waren in sich. Wir alle haben wohl inzwischen in den letzten Monaten diesen Einfluß der Produktionssteigerung an der Abwärtsentwicklung der Warenpreise feststellen können. Nicht zuletzt wurde die für die Erzeugung besonders wichtige Kohle billiger, als die Förderung gestiegen war. Das Wirtschaftsleben befindet sich in einer langsamen Genesung, und wir können als hoch erfreulich wahrnehmen, daß auch die Arbeitslosigkeit allmählich zurückgeht, da der innere Markt aufnahmefähiger geworden ist. Das sind Tatsachen, an denen auch die Sozialdemokratie auf die Dauer nicht wird vorübergehen können.

Der sozialdemokratische Wahlauftritt wird also in seinem Erfolge kaum den von seinen Urhebern gehegten Erwartungen entsprechen. Zum hundertsten Male werden die bekannten Schlagworte wiederholt, die gegenüber der Wucht wirtschaftlicher Tatsachen ihren Reiz längst verloren haben. Was uns nottut, sind nicht Schlagworte, sondern Mitarbeit jedes einzelnen unserer Mitbürger, jedes einzelnen Arbeiters am positiven Aufbau. Das Ziel dieses Aufbaues kann nicht der Marxismus mit seinen wirtschaftlichen Ketten auf allen Gebieten sein, sondern ist eine Volksgemeinschaft, in der sich alle als Glieder eines Volkes fühlen. Versöhnung der verschiedenen wirtschaftlichen Schichten muß in dieser gegenwärtigen Zeit mehr als je unsere Lösung sein.

Hilfer-Prozess.

Zeitweiser Auschluss der Öffentlichkeit.

München, 24. März. Der 21. Verhandlungstag wird eingeleitet durch ein Plädoyer des 2. Verteidigers des Angeklagten Dr. Weber, Rechtsanwalt Dr. Meyer (Münchener), der sich die Aufgabe setzt, die Theorie von der gelungenen Revolution zu entkräften. Die Angeklagten hätten nichts anderes gewollt, als im Verein mit den legitimen Machtmitteln eines Bundesstaates in die Reichsgeschichte einzugehen. Verteidiger Dr. Meyer betont weiter, daß Bayern niemals auf seine grundlegenden Rechte verzichtet habe. Rahr habe als uneingeschränkter Diktator über dem Ministerium gestanden. Ein solches Ministerium sei kein verfassungsmäßiges Ministerium mehr; nach ihm habe auch kein Angriff auf das verfassungsmäßige Ministerium erfolgen können. Der Verteidiger beantragt schließlich die Freisprechung Dr. Webers.

Nach kurzer Pause spricht der Verteidiger des Oberleutnants Riebel, Rechtsanwalt Dr. Gademann, der die Behauptung der Anklageschrift zurückweist, daß Riebel die Oberleitung des Kampfbundes gehabt habe. Riebel sei nur der militärische Berater Hilfers gewesen. Der Verteidiger bittet, die Öffentlichkeit für den nächsten Teil seines Plädoyers auszuschließen. Der Staatsanwalt unterstellt diesen Antrag, worauf der Vorsitzende nach 11 Uhr den Saal räumen läßt.

Gegen Mittag wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Rechtsanwalt Gademann will auf Grund der Zeugenaussagen den Nachweis erbringen, daß der Kampfbund gegen den Norden gekämpft und vorbereitet gewesen sei. Besonders habe Rahr genutzt, welche Ziele die Verbände hätten, und habe sich damit einverstanden erklärt. Es sei überhaupt eigenartig, daß die drei Kronzeugen sich an nichts mehr erinnern könnten.

Der zweite Staatsanwalt stellt fest, daß Gademann gegen die Staatsanwaltschaft persönlich geworden sei. Das in der geschlossenen Sitzung der Kampfbund nach dem Norden bewiesen worden wäre, sei unrichtig. Ein derartiger Nachweis sei weder in öffentlicher, noch in geschlossener Sitzung erbracht worden, schon deshalb nicht, weil ein großer Teil der Zeugen nicht vernommen worden sei.

Die Sitzung wurde dann auf den Nachmittag vertagt.

In der Nachmittagsitzung des Hilferprozesses gab der Vorsitzende zunächst den bereits mitgeteilten Brief des Justizrats Claus und die Erklärungen des bayerischen Kultusministers Matt bekannt.

Alsdann ergriff als Verteidiger des Angeklagten Bochner H. A. G. Meyer das Wort. Bochner sei als Parteipräsident mit den Führern des Kampfbundes in nähere Fühlung gekommen und ebenso mit Rahr, dessen treuer Helfer er in der Folgezeit wurde. Rahr und seine Mitarbeiter hätten durch ihre Tätigkeit die Vorbereitungen für die Ereignisse vom 8. und 9. November geschaffen. Der Konflikt Seel-Lothar und die daran anschließenden Ereignisse konnten keinen Zweifel darüber lassen, daß das Ziel Rahr's die Befestigung

der Reichsregierung auf machtpolitischen Wege war. Von den Ereignissen, die sich nach der Aktion im Bürgerbräueller ergaben, habe Bochner nichts vorher gewußt. Auch im Wehrkreiskommando habe Bochner von der Wundlung Rahr's und Lothar's nichts gewußt.

Nach der Rede des Rechtsanwalts verwarf sich Staatsanwalt Dr. Stenglein gegen die erhobenen Angriffe, die Dr. Meyer in seinem Plädoyer gegen ihn gerichtet habe.

Es tritt alsdann eine Pause von 10 Minuten ein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung fragt Rechtsanwalt Gademann, ob der Angeklagte Oberleutnant Riebel wegen Erkrankung der Sitzung fernbleiben dürfe. Der Vorsitzende willfahrt dem Ersuchen.

Rechtsanwalt Roder ergriff nun das Wort zu rechtlichen Ausführungen über die Einstellung des Angeklagten Bochner. Er erklärt, daß im Oktober vorigen Jahres die Reichsregierung unfähig gewesen sei, den Staatszweck zu erfüllen und die Handlungen zu leisten, die der Staatszweck erforderte. Infolgedessen mußte Bochner dazu kommen, daß jene Männer in Bayern auf dem rechten Wege waren, die gegen die unfähige Reichsregierung den Kampf angelegt und aufgenommen hätten.

Der Verteidiger verlas dann zahlreiche Ausschnitte aus der bayerischen Staatszeitung und kommt zu der Auffassung, daß die bayerische Volkspartei und das gesamte Staatsministerium im Generalstaatskommissariat überhaupt nur zu dem Zweck bestellt hätten, um den Angriff gegen Berlin und die Weimarer Verfassung aufzunehmen.

Wenn Rahr damals die Staatsgewalt ausübte und Staatshandlungen vollführte, dann hätten seine Helfer eben nicht anders gehandelt, gleichgültig, ob die Staatshandlungen verfassungswidrig waren oder nicht. Das Gericht dürfe nicht dulden, daß der, der zum Streit gerufen, auch jetzt verschwinde, und die, die gekommen sind auf den Ruf, dem Gericht überantwortet werden.

Erklärungen zur Verhandlung.

München, 24. März. Zum Hilferprozeß erklärt das Landeshauptamt in München eine Erklärung, die der Darstellung des Rechtsanwalts Hoff in seinem Plädoyer entgegensteht. Oberst von Seilner habe weder in einer Polizeioffiziersversammlung am 26. Oktober gesagt, daß die Reichsregierung gestürzt und zum Zwecke des Vormarsches auf Berlin eine Abteilung der Landespolizei bereitgestellt werde, noch auch, daß Herr von Rahr die bayerische Regierung ablehnen und den Landtag auflösen werde, wenn er Schwierigkeiten mache.

München, 24. März. Der Stellvertreter Rahr's im Generalstaatskommissariat, Oberregierungsrat Freilich, b. A. u. f. e., vertritt eine längere Erklärung über seine im Hilferprozeß viel erwähnte Rede bei den Angeklagten. Auf sein Ausdrucksfeld, daß er dort nicht los von Berlin, los von dieser fügenartigen marshallischen, unbedeutenden Reichsregierung! Wir haben an einen solchen gegen Berlin nicht gedacht, wohl aber an einen solchen gegen Thüringen anlässlich der damaligen großen kommunistischen Gefahr.

München, 24. März. Entgegen der am Samstag im Hilferprozeß von dem Rechtsanwalt Hoff aufgestellten Behauptung wird heute im bayerischen Justizministerium mehr; nach heute im Justizministerium Dr. Matt am 8. November abends in einer kleinen Gesellschaft mit Kardinal Faulhaber war. Er hat ihn weder gesehen, noch gesprochen, noch irgend einen Gedankenaustausch mit ihm gehabt.

Fortsetzung der englisch-französischen Aussprache.

Paris, 24. März. „Petit Parisien“ bespricht in einem offenbar beeinflussten Artikel den Schritt, den der französische Vorschlag heute beim englischen Ministerpräsidenten unternehmen soll. Von dem ausdrücklichen Wunsch, eine friedliche Atmosphäre in Europa zu schaffen, habe Macdonald in seinen Reden und in seinen Briefen an die französischen Ministerpräsidenten bereit erklärt, die Aussprache über die Sicherheitsfrage wieder aufzunehmen. Allerdings verleihe sie als allgemeine europäische Frage, die England verbunden mit der Beratung über die Abrüstung und das allgemeine Schiedsgerichtverfahren zu lösen gedachte. Die heutige Unterredung mit dem englischen Ministerpräsidenten genügt dem französischen Vorschlag, der den einmal darlegen werde, Gelegenheit geben, den Standpunkt des neuen englischen Kabinetts in präziser Form festzulegen, aber man dürfe dieser Aussprache die Fortsetzung der zwischen Macdonald und Poincaré weitergeleiteten Verhandlungen erblicken.

London, 24. März. Zu dem franco-englischen Meinungsaustausch verpflichten die Wälder hauptsächlich die Wälder der Pariser Korrespondenten. Der Korrespondent des „Observer“ meint, in Pariser Kreisen werde nicht bestritten, daß der Londoner französische Vorschlag nicht Instruktionen betr. die Sicherung der französischen Ökonomie hat. Saint Aulaire wird mit

Ramsay MacDonald Anfang nächster Woche, höchstwahrscheinlich schon am Montag eine Aussprache haben. Wie weit sich die Ansicht Poincaré's in der Sicherheitsfrage weiter entwickelt, läßt sich zur Zeit nicht sagen. Aber es ist kaum wahrscheinlich, daß der französische Ministerpräsident anlässlich der so kritischen Lage, wie sie sich aus der Feststellung des Berichtes der Sachverständigen ergibt, es bei seiner alten Doktrin wird belassen lassen. Daß er die Frage überhaupt angeschnitten hat, bedeutet den Wunsch, zur Verdeutlichung der Grundlage ein mögliches Uebereinkommen zu erzielen.

Es ist bezeichnend, daß die Vertreter der britischen Mitglieder des Dames-Ausschusses von Paris mit einer Nervosität betrachtet wird, und zwar sollen, nach hartnäckigen Gerüchten zu urteilen, Meinungsverschiedenheiten zwischen den englischen Sachverständigen einerseits und den französischen und belgischen andererseits in der Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit während der Dauer des Moratoriums und der darauffolgenden drei Jahre entstanden sein. Die Aussöhnung dieser Gegensätze ist nicht einfach. Es ist denkbar, daß Poincaré es für das Richtige hält, ihnen als Teil eines Ganzen zu beugen, nämlich nicht in Verbindung mit den Reparationen, sondern zusammenhängend mit Frankreichs Situation und seinen künftigen Beziehungen mit England und Europa.

Paris, 24. März. Zu der heute angekündigten Unterredung des französischen Vorschlags in London mit dem Premierminister MacDonald schreibt das Journal: Wer sich einbilde, daß die Unterredung einen entscheidenden Schritt in den englisch-französischen Beziehungen bedeuten werde, habe das fälschlich verstellte Gelbdruck nicht gelesen. Wenn er das gelesen hätte, würde er wissen, daß es Fragen gebe, über die man immer wieder verhandeln könnte, ohne sie zu erschöpfen. Für alle Franzosen, die nachdrücklich und Erinnerungsvorgängen besäßen, wäre die ideale Lösung der Sicherheitsfrage die Fortsetzung der angestrengten Arbeit ohne die Möglichkeit der Erholung. Solange diese Lösung nicht geschaffen sei, werde wie bisher das stabile Gleichgewicht der Mächte auf Grund von Allianzen mit bestimmten Verpflichtungen gesichert werden. Das sei der Geist, aus dem heraus die Allianzen mit Belgien, Polen und der Land den Wunsch haben, sich diesen Staaten anzuschließen. So habe Poincaré schon im Jahre 1922 auf die Möglichkeit hingewiesen, und Poincaré könne bei der jetzigen Unterredung nur lokal darauf verweisen wollen, daß Frankreichs Entgegenkommen gewisse Grenzen nicht überschreiten könne.

Britische Arbeiterpartei und Reparationsfrage.

London, 24. März. Der Unterstaatssekretär im Schatzamt Graham erklärte gestern in einer Rede, die Hauptschwierigkeit zur Lösung der Reparationsfrage komme daher, daß der deutsche Schuldbetrag noch immer nicht definitiv festgelegt sei. Es liege selbstverständlich im Interesse des britischen Handels, daß der Gesamtbeitrag der Reparationen herabgesetzt und letzten Endes auf nützliche Zwecke beschränkt werde, die dem britischen Handel keinen allzu großen Schaden zufügen können. Graham gab weiter der Hoffnung Ausdruck, daß die Sachverständigen in ihrem Bericht das Problem der Reparationen ausschließlich nach diesen Gesichtspunkten behandeln werden. Man könne sich mit einem Wort nur eine Wiederherstellung normaler Zustände in Deutschland von einer Einschränkung des Reparationsbetrages versprechen und eine günstige Rückwirkung auf die allgemeine Finanzlage in Europa nur auf diesem Wege erwarten. Was Frankreich anbelangt, habe man seinerseits keine Schwierigkeiten zu befürchten.

Englische Pressestimme.

London, 24. März. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ beschäftigt sich mit der schon erfolgten Rückkehr der britischen Sachverständigen nach London zur Berichterstattung über die Reparationsfrage und führt aus, nach britischer Anschauung sollte das Moratorium von etwa zwei Jahren, das allgemein für die Wiederaufstellung der Staatsfinanzen und der industriellen Wirtschaft Deutschlands als unumgänglich nötig angesehen wird, ein wirkliches Moratorium sein. Unsere Alliierten bestehen aber darauf, daß während dieser Zeit die Sachlieferungen stattfinden und die Beschäftigten in der Wirtschaft wohl sein, in dieser Beziehung ihr Uebereins zu tun und dem zuzustimmen, daß das Deutsche Reich Sachlieferungen in einem sehr bescheidenen Umfang, der seiner Lage angemessen wäre, ausführt. Dies würde aber unsere Alliierten kaum zufriedenstellen. Den britischen Einwänden zu diesem Punkte wird von denselben Alliierten entgegengesetzt, daß, falls Deutschland nicht in der Lage sei, die fraglichen Sachlieferungen zu finanzieren, sie aus den Einnahmen der internationalen Anleihe finanziert werden sollten. Mit anderen Worten, unsere Alliierten würden sich nicht nur eine Art Prioritätsrecht auf Reparationen während des Moratoriums verlangen, sondern eine indirekte finanzielle Unterstützung, bei der England stark in Mitleidenhaft gezogen würde. Der Bericht-

erstatter schließt: Wie mir gestern von einer in hoher Stellung befindlichen Persönlichkeit gesagt worden ist, sehen wir, daß wir genau dort stehen, wo wir Januar 1923 standen, als Bonar Law's Pläne auf der Pariser Konferenz vorgelegt und verworfen wurden.

Annahme der französischen Finanzgesetze im Senat.

TU. Paris, 23. März. Der Senat hat gestern Abend die Finanzprojekte der Regierung endgültig mit 151 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Kammer hatte sich ihrerseits mit dem vom Senat abgeänderten Text mit 370 gegen 172 Stimmen einverstanden. Man nimmt an, daß Präsident Millerand seine Unterschrift unter die Finanzmaßnahmen setzen wird, die damit Gesetzkraft erlangen.

Keine bestimmten französischen Vorschläge an England?

TU. Paris, 24. März. Die Pariser Morgenblätter sind bemüht, die Tragweite der heute angelegten Unterredung zwischen St. Aulaire und Ramsay MacDonald offenbar auf Grund offizieller Anweisungen soweit wie möglich abzuschwächen. „Petit Parisien“ versichert, daß St. Aulaire keine bestimmten Vorschläge dem englischen Premierminister überbringe, sondern nur hinsichtlich der allgemeinen Anregung über die Eröffnung einer französisch-englischen Aussprache zur Regelung des Sicherheitsproblems an MacDonald in Fortsetzung der im Gelbdruck enthaltenen Gedankengänge herantreten werde.

Günstiger Abschluss des österreichischen Staatshaushalts.

TU. Wien, 24. März. Von dem Sanierungskredit, den Österreich vom Völkerbund für zwei Jahre erhalten hat, bleiben am Schluß des Jahres noch 229 Millionen Kronen übrig. Diesen Betrag wünscht Österreich vornehmlich zum Ausbau der Wasserkräfte zu verwenden. Gegen diesen Plan hat Generalkommissar Zimmermann Einwendungen erhoben und jetzt erklärt, daß sich gegen die Absicht der österreichischen Regierung von Seiten Englands und Frankreichs Schwierigkeiten ergeben hätten. Die englische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß die 229 Millionen den Kredit gewährnden Mächten zurückzahlen seien. Die französische Regierung will aber, daß der Betrag auf das österreichische Reparationskonto eingezahlt werde.

Evangelische Kundgebung.

Der Reichsverband evang. Eltern- und Volksbünde (Reichsverband) erläßt folgende Kundgebung zur Reichstagswahl an seine 4526 Ortsgruppen:

Der Reichstag ist aufgelöst. Die Neuwahl steht vor der Tür. Ihr Ausfall entscheidet nicht nur über die deutschen Geschicke auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Die Werten in unserem Volke haben erkannt, daß nur aus den Tiefen stiller und religiöser Verpflichtung die Kräfte schwelgen für den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes. Darum darf die Seele unseres Volkes nicht erlösen unter einseitiger Hervorhebung der Lebensforderungen wirtschaftlicher und politischer Art. Dem künftigen Reichstag sind tiefingehende Fragen unseres Volkslebens zur Beratung anvertraut: Heiligkeit der Ehe, Schutz des Kindes, Ordnung des Arbeitslebens und des Verkehrs der Städte, der kirchlichen Gemeinschaft und Gerechtigkeit, Förderung der religiösen Gemeinwesen, Schutz der kirchlichen Heiligtümer, Entschlossenheit für die Zukunft eines Volkes ist der Geist, in dem seine Jugend erzogen wird. Seit 5 Jahren kämpft die christliche Bevölkerung vergeblich um das ihr in der Reichsverfassung gewährte Recht auf Gewinnungserziehung ihrer Kinder in der Schule. Sie achtet die Gewissensfreiheit und den Anspruch anderer Weltanschauungen auf Schularten ihrer Prägung, wenn sie sie überzeugt ist, daß durch eine geistigseinnahme Schulerziehung im Geiste von warmherzigen Christen auch dem Staat ein Nutzen an besten gedient ist. Niemals aber wird sich die evangelische Elternschaft mit einer Ordnung des Schulwesens abfinden können, bei der nicht ihr Gewissensrecht geachtet und die Gleichberechtigung der evangelischen Schule mit anderen Schularten sowie volle Entfaltungsfreiheit gewährt ist. Sie fordert darum, daß die Belohnungsschule reichsgesetzlich gesichert und ausgebaut werde. Keiner Partei wird die Entscheidung darüber erspart werden können, wie sie sich auf dieser Grundvoraussetzung eines gerechten Schulwesens stellt.

Evangelische Christen, vergewissert euch, ob die Partei, der eure Stimme gehören soll, die sichere Gewähr dafür gibt, daß sie diese Forderungen eines christlichen Lebenswillens zu vertreten bereit ist. Vor der Geschichte vor unseren Kindern, vor unserem Volk, vor Gott tragt die gegenwärtige evangelische Geschick die Verantwortung, ob bei der Neugestaltung der Ordnung unseres Volkslebens in dieser Entscheidungsschweren Zeit die ewigen Maßstäbe des Christentums zur Geltung kommen. Seid euch dessen bewußt, wenn ihr zur Wahl schreitet!

Der Haherlepp.

Von Peter Prior.

(Nachdruck verboten.)

Der Haherlepp, ein eisgraues Manderl, war seit zwanzig Jahren schon „Einleger“, seit dem Tage, an dem er oben im Holzschlag sich schwer verletzt hatte. Von da ab ging es nimmer mit der Arbeit, und der Sepp, sonst einer der Fleißigsten, wurde eine Last für die kleine Gemeinde. Und er mußte sein Leben als Einleger fristen, d. h. er lebte drei Wochen bei dem, drei Wochen bei dem anderen Bauern, bis er im Dorfe herum war und wieder von dort anfangen konnte. Wenn einer das zwanzig Jahre macht, dann kennt er in der Gegend alle Wege, und der Haherlepp kannte sie alle ganz genau. Es waren da Bauern, zu denen er gerne wieder hinging, andere wieder, vor deren Holz er Angst hatte, die ihn im Schmelzfall schlafen ließen und schlechtes Essen gaben. Da waren wieder Bauern, die hielten den letzten Rest von Arbeitskraft aus dem Gähmten heraus, und er mußte arbeiten für das bißchen Mittelbrot. So ging es die Jahre hindurch, bald gut, bald schlecht. Geld gab der Haherlepp wenig, ab und zu ein paar Kreuzer, die er in Latat anlegte. War der Sepp bei einem guten Bauern, dann langte er von einer Effenzettel bis zur anderen auf der Landstraße umher oder fleg auf die Almen hinauf und scherte dort mit den Schwaagertinnen, daß es nur so eine Art hatte, denn er war als Jünger ein arger Haherlepp gewesen, der Sepp. Aber schlau war er geblieben. Wenn ein Bauer was wissen wollte vom anderen, so ein bißchen Rat, dann suchte der Haherlepp die Almen und meinte: „Wasst, Bauer, i wass nur auf auf's Essen, nur auf's Essen hast i auf. Sonst kann i lieber Bauer machen, was er will, san alleguete Deut“, alle miteinander. Und er kam ziemlich weit mit seiner Politik.

Über eines schönen Tages, als der Sepp früh aufsteigen wollte von seinem Lager im Kuhstall beim Molerbauern, da ward ihm arg schwindlig und er konnte nicht laufen, weil sich alles um ihn drehte. „Aha, dachte der Sepp, aus Sterben geht's.“ Und neben ihm schlief ein Handwerksbursche. Den wachte der Sepp und bat ihn, hinter sein Haus zu gehen und ihm ein wenig Weihwasser zu holen aus dem Weihbrunnle, der im Zimmer hing. Der Handwerksbursche ging und brachte bald in einem Haherl, das der Sepp stets bei sich trug, und von dem er seinen Namen hatte, das Weihwasser. Der Handwerksbursche wollte nun die Bäuerin holen, aber der Sepp meinte, er sollte es lieber bleiben lassen, er, der Sepp, lebe jetzt ohnedem bald im Begesener dem Teufel seine Großmutter kennen. Die sei ihm lieber als die Bäuerin. Über einen Gefallen konnte ihm der Handwerksbursche erweisen. Da hast einen Zwanziger“, sagte der Sepp. „Jetzt geht's auf in Friedhof. Gang hinten an der Mauer liegt ein Grab. Es steht drauf: Hier ruht die ehrbare Jungfrau Aegentia Himmelbauer, gestorben im 18. Jahre ihres Lebens. Von bera ihrem Grab, da host mir ein Büschel Blumen, san gnua drauf. Geht, das machst.“ Der Handwerksbursche, der einen Silberzwanziger erhalten hatte, lief auf den Friedhof und brachte bald einen Büschel Feigen, ein bißchen Rosen und Jasmin. Als er kam, schloß der Haherlepp auf dem Rand seines Streubettes und der Sepp ließ ihm über die Stirn herunter. „So, dank dir schön“, stammelte er, „leg's nur hin da, das Sträußchen. So, jetzt bist du Gott, mach's gut!“ Und der Handwerksbursche ging in die Küche und erzählte der Bäuerin, daß der Einleger sterbe. Aber die Bäuerin meinte, das werde nicht so schlimm sein, und der Bauer hörte gar nicht hin, und die Auehlmagd lachte und der Haherlepp sagte: „Der lebt noch hundert Jahr.“

Orientalische Miniaturen.

Von Franz Carl Endres.

(Nachdruck verboten.)

Ein sehr reicher Mann schenkte einem Derwisch, der ihn anbetete, eine kleine Waise. Der Derwisch dankte ihm in überschwenglicher Weise.

„Warum dankst du mir so sehr?“ fragte ihn der Reiche. „Ich gab dir doch nur sehr wenig.“ „Und ich gab dir sehr viel“, erwiderte der Derwisch, „durch dein Erkenntnis, die mein Dank in dir wachet.“

Da schämte sich der Reiche und gab dem Derwisch einen Beutel, gefüllt mit Goldstücken. Der Derwisch nahm den Beutel, legte ihn auf seine nackte Hand und sprach: „Aha, Merbarmel! Daß dieses Gold wieder werden, was es war!“ Der Derwisch erhob das Gebet. Von der Hand, die der Derwisch ausgestreckt hielt, stießen Ströme von Blut und Schweiß.

„Siehst du nun, was du mir gabst!“ rief der Reiche dem reichen Mann zu. „Blut und Schweiß beiner Hände soll dich Gold für dich geworden.“

„Was soll ich tun?“ fragte bestürzt und ängstlich der Reiche.

„Jedezeit, wenn du deine Schätze betrachtest“, sagte der Derwisch, „denke daran, was die Allah durch mich

offenbart hat. Wenn du dann nicht sehr bald selbst helfen willst, was du zu tun hast, ist dir nicht zu helfen.“

Als er das gesprochen, verschwand der Derwisch im Gewühl des Volkes.

Zobeida sah weinend am Lager des Khalif, der mit glühenden Blicken die Schönheit ihres Körpers betrachtete.

„Warum weinst du?“ fragte der Khalif. „Ich meine über die Armut des reichsten und großmächtigsten Herrschers.“

„Ich bin doch nicht arm“, lachte der Khalif. „Doch“, sagte Zobeida. „Denn selbst die Liebe, die jedem armen Vorkindern zuteil wird, mußst du dir kaufen.“

„Ich habe dich nicht gekauft“, rief der Khalif. „Ich habe dich in der Schlacht gegen die Perser mit dem Schwert gewonnen.“

„Ist das nicht baselnde?“ fragte Zobeida. „Geld und Schwert gewinnen nur tote Ware, keine Herzen.“ „So bist du nicht stolz darauf, daß ich dich in meinen Harem nahm?“ fragte stürmisch der Herrscher.

„So stolz, o Herr“, antwortete Zobeida, „wie eben eine Ware stolz sein kann.“ Der Khalif schüttelte den Kopf.

„Du hast ein edles Herz, Mädchen“, sagte er ernst, „wobin du willst. Du bist frei. Und wähle dir den Mann, den deine Seele liebt.“

„Darf ich wirklich?“ rief Zobeida. „Mein Fürstentum.“ Da breitete Zobeida ihre Arme aus und warf sich an das Herz des Khalifen. Und sie wurde eine große Sultanin.

der Haherlepp, ein eisgraues Manderl, war seit zwanzig Jahren schon „Einleger“, seit dem Tage, an dem er oben im Holzschlag sich schwer verletzt hatte. Von da ab ging es nimmer mit der Arbeit, und der Sepp, sonst einer der Fleißigsten, wurde eine Last für die kleine Gemeinde. Und er mußte sein Leben als Einleger fristen, d. h. er lebte drei Wochen bei dem, drei Wochen bei dem anderen Bauern, bis er im Dorfe herum war und wieder von dort anfangen konnte. Wenn einer das zwanzig Jahre macht, dann kennt er in der Gegend alle Wege, und der Haherlepp kannte sie alle ganz genau. Es waren da Bauern, zu denen er gerne wieder hinging, andere wieder, vor deren Holz er Angst hatte, die ihn im Schmelzfall schlafen ließen und schlechtes Essen gaben. Da waren wieder Bauern, die hielten den letzten Rest von Arbeitskraft aus dem Gähmten heraus, und er mußte arbeiten für das bißchen Mittelbrot. So ging es die Jahre hindurch, bald gut, bald schlecht. Geld gab der Haherlepp wenig, ab und zu ein paar Kreuzer, die er in Latat anlegte. War der Sepp bei einem guten Bauern, dann langte er von einer Effenzettel bis zur anderen auf der Landstraße umher oder fleg auf die Almen hinauf und scherte dort mit den Schwaagertinnen, daß es nur so eine Art hatte, denn er war als Jünger ein arger Haherlepp gewesen, der Sepp. Aber schlau war er geblieben. Wenn ein Bauer was wissen wollte vom anderen, so ein bißchen Rat, dann suchte der Haherlepp die Almen und meinte: „Wasst, Bauer, i wass nur auf auf's Essen, nur auf's Essen hast i auf. Sonst kann i lieber Bauer machen, was er will, san alleguete Deut“, alle miteinander. Und er kam ziemlich weit mit seiner Politik.

Nach dem Haherlepp, ein eisgraues Manderl, war seit zwanzig Jahren schon „Einleger“, seit dem Tage, an dem er oben im Holzschlag sich schwer verletzt hatte. Von da ab ging es nimmer mit der Arbeit, und der Sepp, sonst einer der Fleißigsten, wurde eine Last für die kleine Gemeinde. Und er mußte sein Leben als Einleger fristen, d. h. er lebte drei Wochen bei dem, drei Wochen bei dem anderen Bauern, bis er im Dorfe herum war und wieder von dort anfangen konnte. Wenn einer das zwanzig Jahre macht, dann kennt er in der Gegend alle Wege, und der Haherlepp kannte sie alle ganz genau. Es waren da Bauern, zu denen er gerne wieder hinging, andere wieder, vor deren Holz er Angst hatte, die ihn im Schmelzfall schlafen ließen und schlechtes Essen gaben. Da waren wieder Bauern, die hielten den letzten Rest von Arbeitskraft aus dem Gähmten heraus, und er mußte arbeiten für das bißchen Mittelbrot. So ging es die Jahre hindurch, bald gut, bald schlecht. Geld gab der Haherlepp wenig, ab und zu ein paar Kreuzer, die er in Latat anlegte. War der Sepp bei einem guten Bauern, dann langte er von einer Effenzettel bis zur anderen auf der Landstraße umher oder fleg auf die Almen hinauf und scherte dort mit den Schwaagertinnen, daß es nur so eine Art hatte, denn er war als Jünger ein arger Haherlepp gewesen, der Sepp. Aber schlau war er geblieben. Wenn ein Bauer was wissen wollte vom anderen, so ein bißchen Rat, dann suchte der Haherlepp die Almen und meinte: „Wasst, Bauer, i wass nur auf auf's Essen, nur auf's Essen hast i auf. Sonst kann i lieber Bauer machen, was er will, san alleguete Deut“, alle miteinander. Und er kam ziemlich weit mit seiner Politik.

Der Haherlepp, ein eisgraues Manderl, war seit zwanzig Jahren schon „Einleger“, seit dem Tage, an dem er oben im Holzschlag sich schwer verletzt hatte. Von da ab ging es nimmer mit der Arbeit, und der Sepp, sonst einer der Fleißigsten, wurde eine Last für die kleine Gemeinde. Und er mußte sein Leben als Einleger fristen, d. h. er lebte drei Wochen bei dem, drei Wochen bei dem anderen Bauern, bis er im Dorfe herum war und wieder von dort anfangen konnte. Wenn einer das zwanzig Jahre macht, dann kennt er in der Gegend alle Wege, und der Haherlepp kannte sie alle ganz genau. Es waren da Bauern, zu denen er gerne wieder hinging, andere wieder, vor deren Holz er Angst hatte, die ihn im Schmelzfall schlafen ließen und schlechtes Essen gaben. Da waren wieder Bauern, die hielten den letzten Rest von Arbeitskraft aus dem Gähmten heraus, und er mußte arbeiten für das bißchen Mittelbrot. So ging es die Jahre hindurch, bald gut, bald schlecht. Geld gab der Haherlepp wenig, ab und zu ein paar Kreuzer, die er in Latat anlegte. War der Sepp bei einem guten Bauern, dann langte er von einer Effenzettel bis zur anderen auf der Landstraße umher oder fleg auf die Almen hinauf und scherte dort mit den Schwaagertinnen, daß es nur so eine Art hatte, denn er war als Jünger ein arger Haherlepp gewesen, der Sepp. Aber schlau war er geblieben. Wenn ein Bauer was wissen wollte vom anderen, so ein bißchen Rat, dann suchte der Haherlepp die Almen und meinte: „Wasst, Bauer, i wass nur auf auf's Essen, nur auf's Essen hast i auf. Sonst kann i lieber Bauer machen, was er will, san alleguete Deut“, alle miteinander. Und er kam ziemlich weit mit seiner Politik.

Der Haherlepp, ein eisgraues Manderl, war seit zwanzig Jahren schon „Einleger“, seit dem Tage, an dem er oben im Holzschlag sich schwer verletzt hatte. Von da ab ging es nimmer mit der Arbeit, und der Sepp, sonst einer der Fleißigsten, wurde eine Last für die kleine Gemeinde. Und er mußte sein Leben als Einleger fristen, d. h. er lebte drei Wochen bei dem, drei Wochen bei dem anderen Bauern, bis er im Dorfe herum war und wieder von dort anfangen konnte. Wenn einer das zwanzig Jahre macht, dann kennt er in der Gegend alle Wege, und der Haherlepp kannte sie alle ganz genau. Es waren da Bauern, zu denen er gerne wieder hinging, andere wieder, vor deren Holz er Angst hatte, die ihn im Schmelzfall schlafen ließen und schlechtes Essen gaben. Da waren wieder Bauern, die hielten den letzten Rest von Arbeitskraft aus dem Gähmten heraus, und er mußte arbeiten für das bißchen Mittelbrot. So ging es die Jahre hindurch, bald gut, bald schlecht. Geld gab der Haherlepp wenig, ab und zu ein paar Kreuzer, die er in Latat anlegte. War der Sepp bei einem guten Bauern, dann langte er von einer Effenzettel bis zur anderen auf der Landstraße umher oder fleg auf die Almen hinauf und scherte dort mit den Schwaagertinnen, daß es nur so eine Art hatte, denn er war als Jünger ein arger Haherlepp gewesen, der Sepp. Aber schlau war er geblieben. Wenn ein Bauer was wissen wollte vom anderen, so ein bißchen Rat, dann suchte der Haherlepp die Almen und meinte: „Wasst, Bauer, i wass nur auf auf's Essen, nur auf's Essen hast i auf. Sonst kann i lieber Bauer machen, was er will, san alleguete Deut“, alle miteinander. Und er kam ziemlich weit mit seiner Politik.

Der Haherlepp, ein eisgraues Manderl, war seit zwanzig Jahren schon „Einleger“, seit dem Tage, an dem er oben im Holzschlag sich schwer verletzt hatte. Von da ab ging es nimmer mit der Arbeit, und der Sepp, sonst einer der Fleißigsten, wurde eine Last für die kleine Gemeinde. Und er mußte sein Leben als Einleger fristen, d. h. er lebte drei Wochen bei dem, drei Wochen bei dem anderen Bauern, bis er im Dorfe herum war und wieder von dort anfangen konnte. Wenn einer das zwanzig Jahre macht, dann kennt er in der Gegend alle Wege, und der Haherlepp kannte sie alle ganz genau. Es waren da Bauern, zu denen er gerne wieder hinging, andere wieder, vor deren Holz er Angst hatte, die ihn im Schmelzfall schlafen ließen und schlechtes Essen gaben. Da waren wieder Bauern, die hielten den letzten Rest von Arbeitskraft aus dem Gähmten heraus, und er mußte arbeiten für das bißchen Mittelbrot. So ging es die Jahre hindurch, bald gut, bald schlecht. Geld gab der Haherlepp wenig, ab und zu ein paar Kreuzer, die er in Latat anlegte. War der Sepp bei einem guten Bauern, dann langte er von einer Effenzettel bis zur anderen auf der Landstraße umher oder fleg auf die Almen hinauf und scherte dort mit den Schwaagertinnen, daß es nur so eine Art hatte, denn er war als Jünger ein arger Haherlepp gewesen, der Sepp. Aber schlau war er geblieben. Wenn ein Bauer was wissen wollte vom anderen, so ein bißchen Rat, dann suchte der Haherlepp die Almen und meinte: „Wasst, Bauer, i wass nur auf auf's Essen, nur auf's Essen hast i auf. Sonst kann i lieber Bauer machen, was er will, san alleguete Deut“, alle miteinander. Und er kam ziemlich weit mit seiner Politik.

Der Haherlepp, ein eisgraues Manderl, war seit zwanzig Jahren schon „Einleger“, seit dem Tage, an dem er oben im Holzschlag sich schwer verletzt hatte. Von da ab ging es nimmer mit der Arbeit, und der Sepp, sonst einer der Fleißigsten, wurde eine Last für die kleine Gemeinde. Und er mußte sein Leben als Einleger fristen, d. h. er lebte drei Wochen bei dem, drei Wochen bei dem anderen Bauern, bis er im Dorfe herum war und wieder von dort anfangen konnte. Wenn einer das zwanzig Jahre macht, dann kennt er in der Gegend alle Wege, und der Haherlepp kannte sie alle ganz genau. Es waren da Bauern, zu denen er gerne wieder hinging, andere wieder, vor deren Holz er Angst hatte, die ihn im Schmelzfall schlafen ließen und schlechtes Essen gaben. Da waren wieder Bauern, die hielten den letzten Rest von Arbeitskraft aus dem Gähmten heraus, und er mußte arbeiten für das bißchen Mittelbrot. So ging es die Jahre hindurch, bald gut, bald schlecht. Geld gab der Haherlepp wenig, ab und zu ein paar Kreuzer, die er in Latat anlegte. War der Sepp bei einem guten Bauern, dann langte er von einer Effenzettel bis zur anderen auf der Landstraße umher oder fleg auf die Almen hinauf und scherte dort mit den Schwaagertinnen, daß es nur so eine Art hatte, denn er war als Jünger ein arger Haherlepp gewesen, der Sepp. Aber schlau war er geblieben. Wenn ein Bauer was wissen wollte vom anderen, so ein bißchen Rat, dann suchte der Haherlepp die Almen und meinte: „Wasst, Bauer, i wass nur auf auf's Essen, nur auf's Essen hast i auf. Sonst kann i lieber Bauer machen, was er will, san alleguete Deut“, alle miteinander. Und er kam ziemlich weit mit seiner Politik.

Der Haherlepp, ein eisgraues Manderl, war seit zwanzig Jahren schon „Einleger“, seit dem Tage, an dem er oben im Holzschlag sich schwer verletzt hatte. Von da ab ging es nimmer mit der Arbeit, und der Sepp, sonst einer der Fleißigsten, wurde eine Last für die kleine Gemeinde. Und er mußte sein Leben als Einleger fristen, d. h. er lebte drei Wochen bei dem, drei Wochen bei dem anderen Bauern, bis er im Dorfe herum war und wieder von dort anfangen konnte. Wenn einer das zwanzig Jahre macht, dann kennt er in der Gegend alle Wege, und der Haherlepp kannte sie alle ganz genau. Es waren da Bauern, zu denen er gerne wieder hinging, andere wieder, vor deren Holz er Angst hatte, die ihn im Schmelzfall schlafen ließen und schlechtes Essen gaben. Da waren wieder Bauern, die hielten den letzten Rest von Arbeitskraft aus dem Gähmten heraus, und er mußte arbeiten für das bißchen Mittelbrot. So ging es die Jahre hindurch, bald gut, bald schlecht. Geld gab der Haherlepp wenig, ab und zu ein paar Kreuzer, die er in Latat anlegte. War der Sepp bei einem guten Bauern, dann langte er von einer Effenzettel bis zur anderen auf der Landstraße umher oder fleg auf die Almen hinauf und scherte dort mit den Schwaagertinnen, daß es nur so eine Art hatte, denn er war als Jünger ein arger Haherlepp gewesen, der Sepp. Aber schlau war er geblieben. Wenn ein Bauer was wissen wollte vom anderen, so ein bißchen Rat, dann suchte der Haherlepp die Almen und meinte: „Wasst, Bauer, i wass nur auf auf's Essen, nur auf's Essen hast i auf. Sonst kann i lieber Bauer machen, was er will, san alleguete Deut“, alle miteinander. Und er kam ziemlich weit mit seiner Politik.

Der Haherlepp, ein eisgraues Manderl, war seit zwanzig Jahren schon „Einleger“, seit dem Tage, an dem er oben im Holzschlag sich schwer verletzt hatte. Von da ab ging es nimmer mit der Arbeit, und der Sepp, sonst einer der Fleißigsten, wurde eine Last für die kleine Gemeinde. Und er mußte sein Leben als Einleger fristen, d. h. er lebte drei Wochen bei dem, drei Wochen bei dem anderen Bauern, bis er im Dorfe herum war und wieder von dort anfangen konnte. Wenn einer das zwanzig Jahre macht, dann kennt er in der Gegend alle Wege, und der Haherlepp kannte sie alle ganz genau. Es waren da Bauern, zu denen er gerne wieder hinging, andere wieder, vor deren Holz er Angst hatte, die ihn im Schmelzfall schlafen ließen und schlechtes Essen gaben. Da waren wieder Bauern, die hielten den letzten Rest von Arbeitskraft aus dem Gähmten heraus, und er mußte arbeiten für das bißchen Mittelbrot. So ging es die Jahre hindurch, bald gut, bald schlecht. Geld gab der Haherlepp wenig, ab und zu ein paar Kreuzer, die er in Latat anlegte. War der Sepp bei einem guten Bauern, dann langte er von einer Effenzettel bis zur anderen auf der Landstraße umher oder fleg auf die Almen hinauf und scherte dort mit den Schwaagertinnen, daß es nur so eine Art hatte, denn er war als Jünger ein arger Haherlepp gewesen, der Sepp. Aber schlau war er geblieben. Wenn ein Bauer was wissen wollte vom anderen, so ein bißchen Rat, dann suchte der Haherlepp die Almen und meinte: „Wasst, Bauer, i wass nur auf auf's Essen, nur auf's Essen hast i auf. Sonst kann i lieber Bauer machen, was er will, san alleguete Deut“, alle miteinander. Und er kam ziemlich weit mit seiner Politik.

Der Haherlepp, ein eisgraues Manderl, war seit zwanzig Jahren schon „Einleger“, seit dem Tage, an dem er oben im Holzschlag sich schwer verletzt hatte

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

beit für die sozialen Erfordernisse zusammenfand. Die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten hatte sich ständig gehoben, bis der Kriegsausbruch diesem wirtschaftlichen Aufstiege ein jähes Ziel setzte. Jede geringere Arbeitsleistung bezahlte der deutsche Arbeiter mit einer geringeren Kaufkraft seines Lohnes, jede Steigerung der Erzeugung schloß auch für ihn eine Verbilligung der Waren in sich. Wir alle haben wohl inzwischen in den letzten Monaten diesen Einfluß der Produktionssteigerung an der Abwärtsentwicklung der Warenpreise feststellen können. Nicht zuletzt wurde die für die Erzeugung besonders wichtige Kohle billiger, als die Förderung gestiegen war. Das Wirtschaftsleben befindet sich in einer langsamen Genesung, und wir können als hoch erfreulich wahrnehmen, daß auch die Arbeitslosigkeit allmählich zurückgeht, daß der innere Markt aufnahmefähiger geworden ist. Das sind Tatsachen, an denen auch die Sozialdemokratie auf die Dauer nicht wird vorbeigehen können.

Der sozialdemokratische Wahlaufschwung wird also in seinem Erfolge kaum den von seinen Übernehmern gehegten Erwartungen entsprechen. Zum hundertsten Male werden die bekannten Schlagworte wiederholt, die gegenüber der Macht wirtschaftlicher Tatsachen ihren Reiz längst verloren haben. Was uns nottut, sind nicht Schlagworte, sondern Mitarbeit jedes einzelnen unserer Mitbürger, jedes einzelnen Arbeiters am positiven Aufbau. Das Ziel dieses Aufbaues kann nicht der Marxismus mit seinen wirtschaftlichen Ketten auf allen Gebieten sein, sondern ist eine Volksgemeinschaft, in der sich alle als Glieder eines Volkes fühlen. Verhöhnung der verschiedenen wirtschaftlichen Schichten muß in dieser gegenwärtigen Zeit mehr als je unsere Lösung sein.

Hilfer-Prozess.

Zeitweiser Ausschluss der Öffentlichkeit.

München, 24. März. Der 21. Verhandlungstag wird eingeleitet durch ein Plädoyer des 2. Verteidigers des Angeklagten Dr. Meher, Rechtsanwalt Dr. Meher (Münchener), der sich die Aufgabe stellt, die Theorie von der gelungenen Revolution zu entkräften. Die Angeklagten hätten nichts anderes gewollt, als im Verein mit den legitimen Machtmitteln eines Bundesstaates in die Reichsgeschichte einzugreifen. Verteidiger Dr. Meher betont weiter, daß Bayern niemals auf seine grundlegenden Rechte verzichtet habe. Rahr habe als uneingeschränkter Diktator über dem Ministerium gestanden. Ein solches Ministerium sei kein verfassungsmäßiges Ministerium mehr; sonach habe auch kein Angriff auf das verfassungsmäßige Ministerium erfolgen können. Der Verteidiger beantragt schließlich die Freisprechung Dr. Mehers.

Nach kurzer Pause spricht der Verteidiger des Oberleutnants Kriebel, Rechtsanwalt Dr. Gabemann, der die Behauptung der Anklage als unzulässig ablehnt. Kriebel sei nur der militärische Berater Hitlers gewesen. Der Verteidiger bittet, die Öffentlichkeit für den nächsten Teil seines Plädoyers auszuschließen. Der Staatsanwalt unterstützt diesen Antrag, worauf der Vorsitzende nach 11 Uhr den Saal räumen läßt.

Gegen Mittag wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Rechtsanwalt Dr. Meher tritt an die Spitze der Zeugnisaussagen den Nachweis erbringend, daß der Angeklagte gegen den Norden geplant und vorbereitet gewesen sei. Besonders habe Rahr gewußt, welche Ziele die Verbände hätten, und habe sich damit einverstanden erklärt. Es sei überhaupt eigenartig, daß die drei Kronzeugen sich an nichts mehr erinnern könnten.

Der dritte Staatsanwalt stellt fest, daß Gabemann gegen die Staatsanwaltschaft periphrastisch geworden sei. Das in der geschlossenen Sitzung der Angeklagten nach dem Norden bewiesen worden wäre, sei unrichtig. Ein derartiger Nachweis sei weder in öffentlicher, noch in geschlossener Sitzung erbracht worden, schon deshalb nicht, weil ein großer Teil der Zeugen nicht vernommen worden sei.

Die Sitzung wurde dann auf den Nachmittag vertagt. In der Nachmittagsitzung des Hilferprozesses gab der Vorsitzende zunächst den bereits mitgeteilten Brief des Justizrats Claas und die Erklärungen des bayerischen Kultusministers Matt bekannt.

Alsdann ergriff als Verteidiger des Angeklagten Meher Dr. Meher das Wort. Meher behauptet, daß der Angeklagte mit den Führern des Kampfbundes in nähere Fühlung gekommen und ebenso mit Rahr, dessen treuer Helfer er in der Folgezeit wurde. Rahr und seine Mitarbeiter hätten durch ihre Tätigkeit die Vorbereitungen für die Ereignisse vom 8. und 9. November geschaffen. Der Konflikt Seel-Lothar und die daran anschließenden Ereignisse konnten keinen Zweifel darüber lassen, daß das Ziel Rahr die Völkerrückführung war.

Der Haherlepp.

Von Peter Prior.

(Nachdruck verboten.)

Der Haherlepp, ein eisgraues Mannelein, war seit manig Jahren schon „Einleger“, seit dem Tage, an dem er oben im Holzschlag sich schwer verletzt hatte. Von da ab ging es nimmer mit der Arbeit, und der Sepp, sonst einer der Fleißigsten, wurde eine Last für die kleine Gemeinde. Und er mußte sein Leben als Einleger fristen, b. h. er lebte drei Wochen bei dem, drei Wochen bei dem anderen Bauern, bis er im Dorfe herum war und wieder von vorn anfangen konnte. Wenn einer das zwanglos Jahre macht, dann lernt er die Leute im Dorfe kennen, und der Haherlepp kannte sie alle ganz genau. Es waren da Bauern, zu denen er gerne wieder hinging, andere wieder, vor denen er Angst hatte, die ihn im Schwermelall schlafen ließen und schlechtes Essen gaben. Da waren wieder Bauern, die hielten den letzten Rest von Arbeitskraft aus dem Gelächter heraus, und er mußte arbeiten für das bishigen Weizenbrot. So ging es die Jahre hindurch, bald gut, bald schlecht. Geld sah der Haherlepp wenig, ab und zu ein paar Kreuzer, die er in Tabak anlegte. War der Sepp bei einem guten Bauern, dann langte er von einer Essenszeit bis zur anderen auf der Landstraße umher oder sitz auf der Alm hinauf und schreie dort mit den Schwaagertinnen, daß es nur so eine Art hatte, denn er war als Jünger ein arger Haherlepp gewesen, der Sepp. Aber schlaue war er geblieben. Wenn ein Bauer was wissen wollte vom anderen, so ein bißchen Klatsch, dann zuckte der Haherlepp die Achseln und meinte: „Wasst, Bauer, i pass' nur auf auf's Essen, nur auf's Essen pass' i auf. Sonst kann i jeder Bauer machen, was er will, san alleguete Deut, alle miteinander.“ Und er kam ziemlich weit mit seiner Politik.

der Reichsregierung auf machtpolitischem Wege war. Von den Ereignissen, die sich nach der Aktion im Bürgerbräukeller ergaben, habe Seehner nichts vorher gewußt. Auch im Wehrkreiskommando habe Seehner von der Wundlung Rahr und Lothars nichts gewußt.

Nach der Rede des Rechtsanwalts verwarf der Staatsanwalt Dr. Stenglein gegen die erhobenen Anklagen, die Dr. Seehner in seinem Plädoyer gegen ihn gerichtet habe.

Es tritt alsdann eine Pause von 10 Minuten ein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung fragt Rechtsanwalt Gabemann, ob der Angeklagte Oberleutnant Kriebel wegen Erkrankung der Sitzung fernbleiben dürfe. Der Vorsitzende willfahrt dem Ersuchen.

Rechtsanwalt Roder ergriff nun das Wort zu rechtlichen Ausführungen über die Einstellung des Angeklagten Seehner. Er erklärt, daß im Oktober vorigen Jahres die Reichsregierung unfähig gewesen sei, den Staatsgewalt zu ergreifen und die Handlungen zu leisten, die der Staatsgewalt erforderlich. Infolgedessen mußte Seehner dazu kommen, daß jene Männer in Bayern auf dem rechten Wege waren, die gegen die unfähige Reichsregierung den Kampf angefaßt und aufgenommen hätten. Der Verteidiger verlas dann zahlreiche Ausschnitte aus der bayerischen Staatsregierung und kommt zu der Auffassung, daß die bayerische Volkspartei und das gesamte Staatsministerium Zwecke bestellten hatten, um den Angriff gegen Berlin und die Weimarer Verfassung aufzunehmen. Wenn Rahr damals die Staatsgewalt ausübte, dann hätte seine Hilfe eben nicht anders gehandelt, gleichgültig, ob die Staatsbehörden verfassungswidrig waren oder nicht. Das Gericht dürfe nicht dulden, daß der, der zum Streit gerufen, auch jetzt verschwinde, und die, die gekommen sind auf den Ruf, dem Gericht überantwortet werden.

Erklärungen zur Verhandlung.

TU. München, 24. März. Zum Hilferprozeß erklärt das Landesschiedsgericht in München eine Erklärung, die der Darstellung des Rechtsanwalts Holl in seinem Plädoyer entgegnet. Oberst von Seehner habe weder in einer Volksoffiziersversammlung am 26. Oktober gesagt, daß die Reichsregierung gestürzt und der Reichsminister von Berlin eine Abweisung der Landespolizei befohlen werde, noch auch, daß Herr von Rahr die bayerische Regierung absetzen und den Landtag auflösen werde, wenn er Schwierigkeiten mache.

TU. München, 24. März. Der Stellvertreter Rahr im Generalstaatskommissariat, Oberregierungsrat Freiherr v. Aufseß, veröffentlicht eine längere Erklärung über seine im Hilferprozeß viel erwähnte Rede bei den Bayern. Er stellt ausdrücklich fest, daß er dort nicht gesagt habe: „Auf nach Berlin!“ sondern im Gegenteil, „Los von Berlin, los von dieser jüdischen marxischen, unheimlichen Reichsregierung.“ Wir haben an einen solchen gegen Thüringen anlässlich der damaligen großen kommunistischen Gefahr.

TU. München, 24. März. Entgegen der am Samstag im Hilferprozeß von dem Rechtsanwalt Holl aufgestellten Behauptung wird heute im „Bayerischen Kurier“ festgestellt, daß der bayerische Kultusminister Dr. Matt am 8. November abends in einer kleinen Gesellschaft mit Kardinal Faulhaber war. Er hat ihn weder gesehen, noch gesprochen, noch irgend einen Gehörtenausaustausch mit ihm gepflogen.

Kontinuation der englisch-französischen Aussprache.

Paris, 24. März. „Petit Parisien“ bespricht in einem offenbar beeinflussten Artikel den Schritt, den der französische Botschafter heute beim englischen Ministerpräsidenten unternehmen soll. Von dem aufstrebenden Wunsch, eine friedliche Atmosphäre in Europa zu schaffen, habe MacDonald in seinen Reden und in seinen Briefen an den französischen Ministerpräsidenten sich bereit erklärt, die Aussprache über die Sicherheitsfrage wieder aufzunehmen. Allerdings verheißt er sie als allgemeine europäische Frage, die England verbunden mit der Beratung über die Abrüstung und das allgemeine Schiedsgerichtsverfahren zu lösen gedenke. Die heutige Unterredung mit dem englischen Ministerpräsidenten werde nun dem französischen Botschafter, der den schon genügend bekannten französischen Standpunkt noch einmal darlegen werde, Gelegenheit geben, den Standpunkt des neuen englischen Kabinetts in präziser Form kennen zu lernen, aber man dürfe dieser Aussprache keine größere Bedeutung beilegen und in ihr nicht etwa eine Fortsetzung der zwischen MacDonald und Poincaré ausgekauften Korrespondenz oder das Vorbild zu weitergehenden Verhandlungen erblicken.

TU. London, 24. März. Zu dem franco-englischen Meinungsaustausch veröffentlicht die „Blätter“ hauptsächlich Meldungen ihrer Pariser Korrespondenten. Der Korrespondent des „Observer“ meint, in Pariser Kreisen werde nicht bestritten, daß der Londoner französische Botschafter nicht Instruktionen betr. die Sicherung der französischen Obergrenze hat. Saint Aulaire wird mit

Ramsay MacDonald Anfang nächster Woche, höchstwahrscheinlich schon am Montag eine Besprechung haben. Wie weit sich die Ansicht Poincarés in der Sicherheitsfrage weiter entwickelt, läßt sich zur Zeit nicht sagen. Aber es ist kaum wahrscheinlich, daß der französische Ministerpräsident angesichts der so kritischen Lage, wie sie sich aus der Festsitzung des Reiches der Sachverständigen ergibt, es bei seiner alten Doktrin wird belassen lassen. Daß er die Frage überhaupt angeschnitten hat, bedeutet den Wunsch, zur Verbreiterung der Grundlage ein mögliches Übereinkommen zu erzielen. Es ist bezweifelhaft, daß die Abreise der britischen Mitglieder des Dames-Ausschusses von Paris mit einer Nervosität betrachtet wird, und zwar sollen, nach hartnäckigen Gerüchten zu urteilen, Meinungsverschiedenheiten zwischen den englischen Sachverständigen einerseits und den französischen und belgischen andererseits in der Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit während der Dauer des Moratoriums und der darauffolgenden drei Jahre entstanden sein. Die Ausöhnung dieser Gegensätze ist nicht einfach. Es ist denkbar, daß Poincaré es für das Richtige hält, ihnen als Teil eines Ganzen zu begegnen, nämlich nicht in Verbindung mit den Reparationen, sondern zusammenhängend mit Frankreichs Situation und seinen künftigen Beziehungen mit England und Europa.

Paris, 24. März. Zu der heute angekündigten Unterredung des französischen Botschafters in London mit dem Premierminister MacDonald schreibt das „Journal“: „Es ist einbildlich, daß die Unterredung einen entscheidenden Schritt in den englisch-französischen Beziehungen bedeuten werde, habe das kürzlich veröffentlichte Gelübde nicht gelesen. Wenn er das gelesen hätte, würde er wissen, daß es Fragen gebe, über die man immer wieder verhandeln könnte, ohne sie zu erschöpfen. Für alle Franzosen, die nachdrücklich und Erinnerungswürdig behaupten, wäre die ideale Lösung der Sicherheitsfrage die Verhinderung der angreifenden Macht ohne die Möglichkeit der Erholung. Solange diese Lösung nicht geschaffen sei, werde wie bisher das stabile Gleichgewicht der Mächte auf Grund von Allianzen mit bestimmten Verpflichtungen gestützt werden. Das sei der Geist, aus dem heraus die Allianzen mit Belgien, Polen und der Tschechoslowakei geschlossen worden seien.“ Wenn England den Wunsch habe, sich diesen Staaten anzuschließen, so habe Poincaré schon im Jahre 1922 auf die Möglichkeit hingewiesen, und Poincaré könne auf der künftigen Unterredung nur loben darauf verweisen wollen, daß Frankreichs Entgegenkommen gewisse Grenzen nicht überschreiten könne.

Britische Arbeiterpartei und Reparationsfrage.

TU. London, 24. März. Der Unterstaatssekretär im Schatzamt Graham erklärte gestern in einer Rede, die Hauptpriorität der Lösung der Reparationsfrage komme daher, daß der deutsche Schuldbetrag noch immer nicht definitiv festgelegt sei. Es liege selbstverständlich im Interesse des britischen Handels, daß der Gesamtbetrag der Reparationen herabgesetzt und das Gesamtende auf nützliche Lasten beschränkt werde, die dem britischen Handel keinen allzu großen Schaden zufügen können. Graham gab weiter der Hoffnung Ausdruck, daß die Sachverständigen in ihrem Bericht das Problem der Reparationen ausführlich nach diesen Gesichtspunkten behandeln werden. Man könne sich mit einem Wort nur eine Wiederherstellung normaler Zustände in Deutschland von einer Einschränkung des Reparationsbetrages versprechen und eine günstige Nachwirkung auf die allgemeine Finanzlage in Europa nur auf diesem Wege erwarten. Was Frankreich anbelangt, habe man seinerseits keine Schwierigkeiten zu befürchten.

Englische Pressestimme.

London, 24. März. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ beschäftigt sich mit der schon erfolgten Rückkehr der britischen Sachverständigen nach London zur Berichterstattung über die Reparationsfrage und führt aus, nach britischer Anschauung sollte das Moratorium von etwa zwei Jahren, das allgemein für die Wiederaufrichtung der Staatsfinanzen und der industriellen Wirtschaft Deutschlands als unumgänglich notwendig angesehen wird, ein wirkliches Moratorium sein. Unsere Alliierten bestehen aber darauf, daß während dieser Zeit die Sachleistungen stattfinden und die Besatzungskosten bezahlt werden sollen. Die britischen Sachverständigen würden wohl bereit sein, in dieser Beziehung ihr Übriges zu tun und dem zuzustimmen, daß das Deutsche Reich Sachleistungen in einem sehr bescheidenen Umfang, der seiner Lage angemessen wäre, ausführt. Dies würde aber unsere Alliierten kaum zufriedenstellen. Den britischen Einwänden zu diesem Punkte wird von denselben Alliierten entgegengesetzt, daß, falls Deutschland nicht in der Lage sei, die fraglichen Sachleistungen zu finanzieren, sie aus den Erträgen der internationalen Anleihe finanziert werden sollten. Mit anderen Worten, unsere Alliierten würden für sich nicht nur eine Art Prioritätsrecht auf Reparationen während des Moratoriums verlangen, sondern eine indirekte finanzielle Unterstützung, bei der England stark in Mitleidenschaft gezogen würde. Der Bericht-

Im Ruffall aber, hinten in der Ecke, preßte der Haherlepp seinen Blumenstrauch an die Brust und in die letzten Bäume des Einlegers mischte sich das Gebet: „Und vergib uns unsere Schuld, als auch wir vergeben unseren — — —“. Dann war's vorbei.

Im Hause aber hielten sie Kräfte, und als der Sozial dem Einleger einen bringen wollte und sah, daß er tot war, daß er den Kräfte selber.

Orientalische Miniaturen.

Von Franz Carl Enders.

(Nachdruck verboten.)

Ein sehr reicher Mann schenkte einem Derwisch, der ihn anbetete, eine kleine Münze. Der Derwisch dankte ihm in überschwenglicher Weise.

„Warum dankst du mir so sehr?“ fragte ihn der Reiche. „Ich gab dir doch nur sehr wenig.“ „Und ich gab dir sehr viel“, erwiderte der Derwisch, „durch dich Erkenntnis, die mein Dank in dir wachrief.“

Da schämte sich der Reiche und gab dem Derwisch einen Beutel, gefüllt mit Goldstücken.

Der Derwisch nahm den Beutel, legte ihn auf seine flache Hand und sprach: „Allah, Alkerbarm! Daß dieses Gold wieder werden, was es war!“ Und Allah erhörte das Gebet. Von der Hand, die der Derwisch ausgetrocknet hielt, stießen Ströme von Blut und Schweiß.

„Siehst du nun, was du mir gabst!“ rief der Reiche dem reichen Mann zu. „Blut und Schweiß beiner Glieder sind Gold für dich geworden.“ „Was soll ich tun?“ fragte bestrzt und ängstlich der Reiche.

„Gedulde, wenn du deine Schätze betrachtest“, sagte der Derwisch, „denke daran, was dir Allah durch mich

erhalten schickte: Wie mir gestern von einer in hoher Stellung befindlichen Persönlichkeit gesagt worden ist: 1923 standen, als Bonar Law's Pläne auf der Pariser Konferenz vorgelegt und verworfen wurden.

Annahme der französischen Finanzgesetze im Senat.

TU. Paris, 23. März. Der Senat hat gestern die Finanzprojekte der Regierung endgültig mit 151 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Kammer erließ am 27. März mit dem vom Senat abgeänderten Text mit 370 gegen 172 Stimmen einverstandene. Man nimmt an, daß Präsident Millerand seine Unterschrift unter die Finanzmaßnahmen setzen wird, die damit Gesetzkraft erlangen.

Keine bestimmten französischen Vorschläge an England?

TU. Paris, 24. März. Die Pariser Morgenblätter sind bemüht, die Tragweite der heute angekündigten Unterredung zwischen St. Aulaire und Ramsay MacDonald offenbar auf Grund offizieller Anweisungen soviel wie möglich abzumildern. „Petit Parisien“ versichert, daß St. Aulaire keine bestimmten Vorschläge dem englischen Premierminister überbringe, sondern nur hinsichtlich der allgemeinen Anregung über die Eröffnung einer französisch-englischen Aussprache zur Regelung des Sicherheitsproblems an MacDonald in Fortsetzung der im Gelübde enthaltenen Gedankenansätze herantreten werde.

Günstiger Abschluß des österreichischen Staatshaushalts.

TU. Wien, 24. März. Von dem Sanierungskredit, den Österreich vom Völkerbund für zwei Jahre erhalten hat, bleiben am Schluß des Jahres noch 229 Millionen Kronen übrig. Diesen Betrag wünscht Österreich vornehmlich zum Ausbau der Verkehrsnetze zu verwenden. Gegen diesen Plan hat Generalkommissar Zimmermann Einwendungen erhoben und jetzt erklärt, daß sich gegen die Völkerrückführung der österreichischen Regierung von Seiten Englands und Frankreichs Schwierigkeiten ergeben hätten. Die englische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß die 229 Millionen den Kredit gewährnden Mächten zurückzahlen seien. Die französische Regierung will aber, daß der Betrag auf das österreichische Reparationskonto eingezahlt werde.

Evangelische Kundgebung.

Der Reichsverband evang. Eltern- und Volksbünde (Reichselementarverbund) erläßt folgende Kundgebung zur Reichstagswahl an seine 4526 Ortsgruppen:

Der Reichstag ist aufgelöst. Die Neuwahl steht vor der Tür. Ihr Ausfall entscheidet nicht nur über die deutschen Geschicke auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Die Wahlen in unserem Volke haben erkannt, daß nur aus den Tiefen stiller und religiöser Verpflichung die Kräfte schwellen für den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes. Darum darf die Seele unseres Volkes nicht erstarren unter einseitiger Hervorhebung der Lebensforderungen wirtschaftlicher und politischer Art. Dem künftigen Reichstag soll tiefingetragene Frage unseres Volkslebens zur Beratung anvertraut: Gerechtigkeit der Ehe, Schutz des Kindes, Ordnung des Arbeitslebens und des Verkehrs der Stände im Geiste christlicher Gemeinschaft und Gerechtigkeit, Wahrung der religiösen Gemeinschaft, Schutz der kirchlichen Lehrtätigkeit. Entscheidend für die Zukunft eines Volkes ist der Geist, in dem seine Jugend erzogen wird. Seit 5 Jahren kämpft die christliche Bevölkerung vergeblich um das ihr in der Reichsverfassung gewährte Recht auf Gefinnungserziehung ihrer Kinder in der Schule. Sie achtet die Gemeinschaft und den Anspruch anderer Weltanschauungen auf Schularten ihrer Prägung, wenn sie die Überzeugung ist, daß durch eine gefinnungseingetragene Schulverteilung im Geiste der christlichen Christen und Christinnen auch dem Staatswohl am besten gedient ist. Niemals aber wird sich die evangelische Elternschaft mit einer Ordnung des Schulwesens abfinden können, bei der nicht ihr Gemeinschaftsrecht geachtet und die Gleichberechtigung der evangelischen Schule mit anderen Schularten sowie ihre volle Entfaltungsfreiheit gewahrt ist. Sie fordert darum, daß die Volksschule reichsgesetzlich geschützt und ausgestaltet werde. Keiner Partei wird die Entscheidung darüber erspart werden können, wie sie sich auf dieser Grundvoraussetzung eines gerechten Schulwesens stellt.

Evangelische Christen, vergewissert euch, ob die Partei, der eure Stimme gehören soll, die sichere Gewähr dafür gibt, daß sie die Forderungen eines christlichen Lebenswandels zu vertreten bereit ist. Vor der Entscheidung vor anderen Kindern, vor unserem Volk, vor Gott tragt die gegenwärtige evangelische Entscheidung die Verantwortung. In dieser Entscheidungsfähigkeit Zeit die ewigen Maßstäbe des Christentums zur Geltung kommen. Seid euch dessen bewußt, wenn ihr zur Wahl schreitet!

offenbart hat. Wenn du dann nicht sehr bald selbst wissen wirst, was du zu tun hast, ist dir nicht zu helfen.

Als er das gesprochen, verschwand der Derwisch im Geheiß des Volkes.

„Warum weinst du?“ fragte der Khalif.

„Ich weine über die Armut des reichsten und großmächtigsten Herrschers.“

„Ich bin doch nicht arm,“ lachte der Khalif.

„Doch,“ sagte Zobeida. „Denn selbst die Liebe, die jedem armen Vorkindern zuteil wird, mußst du dir kaufen.“

„Ich habe dich nicht gekauft,“ rief der Khalif. „Ich habe dich in der Schlacht gegen die Perser mit dem Schwert gewonnen.“

„Ist das nicht basellose?“ fragte Zobeida. „Geld und Schwert gewinnen nur tote Ware, keine Herzen.“

„So bist du nicht stolz darauf, daß ich dich in meinen Harem nahm?“ fragte stürmisch der Herrscher.

„So stolz, o Herr,“ antwortete Zobeida, „wie eben eine Ware, so bin ich.“

Der Khalif richtete sich auf.

„Du hast ein edles Herz, Mädchen,“ sagte er ernst, „wobin du willst. Du bist frei. Und wähle dir den Mann, den deine Seele liebt.“

„Darf ich wirklich?“ rief Zobeida.

„Mein Fürstentum.“

Da breitete Zobeida ihre Arme aus und warf sich am das Herz des Khalifen.

Und sie wurde eine große Sultanin.

der Ruhe
Bernehm
Geschäfts
tengell
stehor, b
ruffichen
sigen de
fabrikier
Das Sch
Affien w
tauf alle
nach Bel
Zeuge w
Banten
waren d
unterzub
wurden e

Als die
gefaund

Nach Bel
wurden 3
Eigentum
d r i g.
eine Sch
den späte
Angaben
weiterge
Kontrolle
herte sich
arbeitete
Beamtin.
Der Zeugn
ter John
Buchhalter
den nach
berfürt
hat mehr
langt, Jo

Zeuge
Angeklagt
gefragte
gelbes in
Dedung e
Nach W
mit grobe
Dedung f
sprach von
überdrehu
ging er i
unwissel
Sicherheits
dem Büro

fest, Wele
die Notge
zurückhalte
Notgelbes
gefragte
dem Zeugn
angekauft.
bene Ang
nach Unfr
stuch G

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Zeuge
wisse über
sellschaft
ben, seine
zu bewahr
mation auf
nung von
gab auch d
gab das be
bewilligt
Staat selbst
laubnis zu
mreicht ge
die er zum
Den Reim
auf 40 M
John, daß
von „S

Der „Ruhr-Lippe“-Aktien-Prozess.

Q. Böhm, 24. März. Heute morgen wurde der Ruhr-Lippe-Prozess fortgesetzt. Es erfolgte die Vernehmung der Büroangestellten der Gesellschaft über Geschäfts- und Buchführung der Ruhr-Lippe-Aktiengesellschaft. Zeuge Wittenberger, Bürovorsteher, betonte, daß er nicht als Gehalt den tariflichen Lohn eines Betriebsführers. Der Vorsitzende legt einen Brief der Gesellschaft an einen Fabrikbesitzer vor, der um Aktien angefragt hatte. Das Schreiben teilt mit, daß nur noch wenige Aktien vorhanden seien, es sei also mit dem Kauf allerhöchste Zeit. Solche Schreiben wurden nach Befragung des Zeugen viele verfaßt. Der Zeuge wurde jumeist mit Notgeld bezahlt. Die Banken nahmen es nicht an. Die Angeklagten waren daher bestrebt, das Geld anderwärts einkassieren zu lassen. Notgeldscheine auf dem Büro wurden eingelöst, wenn Geld da war.

Als die von der Firma nach Häftlinghausen gefandenen Arbeiter den Betrieb eröffnen wollten, wurden sie davon abgefragt.

Nach Befragungen des Zeugen Wittinghaus wurden Interessenten auch Gelder im Urdorf als Eigentum genannt und zwar wahrheitswidrig. Auf einem der Gelder habe man bereits eine Schenkungsurkunde erteilt. Die Angeklagten haben später aus eigenem Antrieb die inwieweit Angaben der Angeklagten in dieser Hinsicht nicht weitergegeben. Der Zeuge hatte nicht die geringste Kontrolle über den Verbleib des Geldes. Fall äußerte sich dem Zeugen gegenüber, in Häftlinghausen arbeiteten auf dem Büro der Gesellschaft sechs Beamte. Dieses Büro befand sich auf dem Wende. Der Zeuge betonte die Angeklagten sehr. Angeklagter John bemängelte die Fähigkeit des Zeugen als Buchhalter. Einzeichnungsbeträge auf Aktien wurden nach Feststellung des Zeugen nicht immer zurück an die Bank weitergegeben. Der Zeuge hat mehrfach eine ordentliche Buchführung verlangt, John habe sie aber immer hinausgeschoben.

Zeuge Kriminalinspektor Lange, welcher die Angeklagten verhaftet hatte, führte aus: Der Angeklagte John stellte schnelle Deduktion des Notgeldes in Aussicht, sie sei vorhanden. Über die Deduktion erfolgte nicht in der angegebenen Zeit. Nach Ablauf desselben sprach Fall der Länge vor, mit großem Mißbehagen erklärte er, hundertfache Deduktion für das ausgegebene Notgeld zu haben, sprach von Bankgründung, von reichlicher Kohlenförderung. Wie die Lage um den besten Vertrag er um die Sicherheitsfrage. Für mich war zweifellos dargelegt, daß die Angeklagten keine Sicherheiten hatten, darum verhaftete ich sie. Auf dem Büro stellte ich eine

miserable Buchführung

fest, Belege fehlten, ebenso Feststellungen über die Notgeldausgabe, das Büropersonal zeigte sich zurückhaltend. Angaben über den Verbleib des Notgeldes waren nicht zu erhalten, der eine Angeklagte berief sich auf den anderen. Fall lag dem Zeugen vor, er habe für den Betrieb Verdränge gekauft. Durchweg wurden dem Zeugen übertriebene Angaben über den Reichtum gemacht. Nach Ansicht des Zeugen stand John unter Einfluß eines

Zeuge Kaufmann Meißel hatte geäußert, wie die Gründung der Bergwerksaktiengesellschaft „Ruhr-Lippe“ geführt. In seinem Bestreben, seine Gelder vor der raschen Geldentwertung zu bewahren, betätigte er sich nach kurzer Information auf dem Büro der Gesellschaft durch Zeichnung von 350 Stück Aktien. John zeigte dem Zeugen auch die neuen Notgeldscheine, deren Herausgabe das Reichsfinanzministerium der Gesellschaft bewilligt habe. Der Zeuge sagte sich, wenn der Staat selbst dem Unternehmen eine beratende Erlaubnis zum Druck von Notgeldscheinen gebe, so müsse die Sache gut sein. Er zeichnete daher noch weitere Aktien. Er besitzt deren mehrere Tausend, die er zum Teil von anderen Aktionären ankauft. Den Reineinbruch der Zeuge habe John täglich auf 40 Millionen Mark berechnet. Nach Erzählung John, daß er und Fall je 6000—7000 Aktien von „Heller Mittag“ in eigenem Besitz hätten.

Zeuge Steiger sei ein a trat mit Fall in Verbindung aufgrund der Händelsnotiz in der Presse, nach welcher 6 Schächte von „Ruhr und Lippe“ abgeteilt werden sollten. Er wurde für Häftlinghausen 1-2 engagiert. Seine Anstellung als Steiger wurde von Aktienzeichnung abhängig gemacht. Die Kohlenförderung auf Heller Mittag erfolgte mit Winde und Seil. Den damaligen Wert der Betriebsanlagen auf Heller Mittag schätzte der Zeuge auf 200 Millionen Mark. Wenn genügend Kapitalien vorhanden gewesen, hätte sich der Betrieb günstig entwickeln müssen nach Ansicht des Zeugen. Er habe bei seiner Anstellung angenommen, daß mehrere Schächteanlagen vorhanden gewesen. Der Besitzer von Häftlinghausen trat von dem Kaufvertrag zurück, als Fall im Zeitungsinferat bereits über die Schachtanlage verfügte, ehe die Verhandlungen ein abschließendes Resultat erhalten hätten. Bert. Dr. Wittinghaus fragte den Zeugen, wie die Schachtanlage verlasse, ob er nicht den Endbruch habe, daß John jenseits in das Unternehmen ein hineingefallen sei, aus dem er nicht mehr hinausgekommen. Der Zeuge bejahte das. Zu ihm habe John sich mal geäußert, er möchte am liebsten den ganzen „Brosel“ fortwerfen.

In der Nachmittags Sitzung erstattete Richterrevier Kaufmann Koop eingehend sein Gutachten. Er kommt darin zu dem Endresultat, daß eine

Mißwirtschaft in der Buchführung

vorgelegen. Ueber die Verwendung der eingenommenen Gelder, insbesondere über die Ausgabe des Notgeldes können ausreichende Feststellungen nicht getroffen werden und zwar aufgrund der mangelhaften Buchführung. Eine Kontrolle über die Aktienverkäufe lassen die Bücher nicht zu, wie überhaupt von einem kaufmännischen Zeil in dem Unternehmen nicht gesprochen werden kann. Der Gutachter charakterisiert als verwerflich, wie die Angeklagten mit fremden Geldern gewirtschaftet haben. Fall hat namentlich im August und September vorigen Jahres stark spekuliert. Es treten unwillkürlich die Vermutung auf, daß insbesondere Fall mit den Geldern der Aktiengesellschaft spekuliert hat. Direkte Unterleise in der Geschäftsführung hat der Gutachter nicht festgestellt.

Zu dem Gutachten erklärte Fall, daß man sein Gutachten beim Warner Bankverein gar nicht berücksichtigt habe. Ein sorgfältiger Kaufmann forsche eingehend nach und ziehe dann seine Schlüsse. Gutachter Koop: Ein sorgfältiger Kaufmann führt seine Bücher und Listen ordentlich. Fall: Eine un-

ordentliche Buchführung ist noch keine Mißwirtschaft.

Vor Erstellung des Gutachtens des ärztlichen Sachverständigen Dr. Spreng brachte der Vorsitzende einen

Raffier

des Angeklagten Fall zur Verlesung. In diesem aufgefundenen Schreiben an seine Frau ersucht er diese, die Befragungsbehörde mitzuteilen, daß er sich in Haft befinde, ihr aber verschiedene Angaben machen könne über ihr wichtige Tatsachen. Er werde in Haft behalten, weil er der Regie seine Dienste anbieten wolle. Auf einem Wege zum Zahnarzt habe er einen Brief an die Befragungsbehörde in den zum Telefonamt führenden Eingang geworfen. Sie solle sich erkundigen, ob dieser von dem dort stehenden französischen Posten aufgehoben und seiner vorgesetzten Behörde übergeben hat. Wenn dieses nicht der Fall sei, so möge sie an Ort und Stelle nach dem Briefe suchen und dem französischen Kommandanten überbringen. Wenn sie das nicht tue und er in Haft bleibe, so falle der Prozess ins Wasser, dann habe sie (seine Frau) nichts zu lachen. Staatsanwalt Dr. Spreng erklärte, daß die Angeklagten das Schreiben unterbreitet hat, um darzutun, daß die Unterbreitung ohne jede Nebenabsicht geführt werde. Die Angaben Falls in diesem Briefe seien völlig erfunden.

Sachverständiger Dr. Spreng kommt in seinem erstatteten Gutachten zu dem Schluss, daß typisch bei Fall die Überfischung seiner Person sei. Seine hübsche Phantasie lasse ihm das Gewollte als schon vollendet erscheinen. Der Angeklagte Fall sei als geltungsbedürftiger Phantasist erschienen, der jedoch in seinem ganzen Tun als verantwortlich anzusehen sei. § 51 des Str.-G.-B. komme bei Fall nicht in Betracht.

Damit schloß die Beweisaufnahme.

Staatsanwaltschaftsrat Erdnis nahm das Wort zur einleitenden Anklage. Er charakterisierte Fall als den Geist des auf Betrug und Schwindel aufgebauten Gründungsunternehmens. Fall sei nicht wahlweise in seinen Mitteln, wie das auch der Raffier zeige. John habe unter Einfluß des Fall gestanden, er kammerte sich an Fall, um den von Fall in Aussicht gestellten Aufstieg mitzumachen. Fall wie John besaßen nicht die Kenntnisse für die Leitung eines Bergwerksunternehmens. Sodann würdige der Staatsanwalt einzeln die Feststellungen der Beweisaufnahme. Der Staatsanwalt hält Aktienbetrug, Notgeldvergehen und Notgeldbetrug für dargelegt. Fall habe die führende Rolle innegehabt, John habe sich im Hintergrund des Fall jedoch sehr betätigt. Fall habe er zugut sein bisheriges strafloses Leben, seine Verbindung im Kriege, straffähigen Beweise der besten Gergenshäre, die derart sich zeige, daß man von ihm sagen könne, er gebe im Einzelfall über Leiden. Der Staatsanwalt beantragte gegen Fall 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, 500 Mk. Geldstrafe und gegen John 1 Jahr Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe.

R.-M. Dr. Freudenberg plaidierte nun für den Angeklagten Fall und R.-M. Dr. Dörpinghaus für John. Nach einer Replik des Staatsanwalts setzte das Gericht den Termin der Urteilsverkündung auf Dienstag vormittag 1/2 Uhr. Der Haupttermin des Gerichtssaales war in der Nachmittags Sitzung fortgesetzt überfällt.

Wiederbelebung der Bautätigkeit.

Gesellschaft, 24. März. Das Stadtparlament beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit obiger Frage, die so allgemein interessiert, daß wir sie in nachfolgender Sitzungsbildung ausführlich bringen. Die Stadtverordnetenversammlung hat insofern noch eine gewisse historische Bedeutung, als zum ersten Male die 15 neuen Stadtverordneten aus Kottbus in sich im Stadtparlament einfanden. Nicht weniger als 47 Dringlichkeitsanträge, die meistens die Erwerbslosenfürsorge betrafen, hatten die Kommunitäten eingebracht und verlangten ihre sofortige Durchscheidung von dem Plenum. Als das auf Widerspruch stieß und dem „bescheidenen“ Wunsch von der Verammlung nicht nachgegeben wurde, veranstalteten die zahlreich im Zuschauerraum versammelten Gefühlsgegnen den Antragsteller einen solchen Lärm, daß der Vorsitzende den Zuschauerraum räumen ließ. Die Tagesordnung konnte dann durchsetzen werden. Die neuen Stadtväter aus Kottbus wurden in verschiedene Kommissionen gewählt. Der bemerkenswerteste Gegenstand der Verhandlungen waren die Maßnahmen, die von fäktischer Seite zur Wiederbelebung der Bautätigkeit und Förderung des Wohnungsbaues geplant sind. Die Stadt verfolgt dabei den doppelten Zweck, neue Wohnungen zu erstellen und einer großen Anzahl von Bauarbeitern auf Monate hinaus Arbeit zu besorgen. Beigeordneter Wendt machte folgenden Vorschlag: „Da nach der 3. Steuernormordnung mit Sicherheit damit zu rechnen ist, daß für das nächste Rechnungsjahr 1924 über die Steuern für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, über die ohne Zinsenlast verfügt werden kann, so wird die Stadt auf diese Einnahme hin jetzt schon kurzfristigen Kredit, der zu höherem Zinsfuß zu haben ist, aufnehmen und diesen für neue Wohnungsbauten in Form von Baugeldern zur Verfügung stellen. Die Baugelder werden schließlich in Hypotheken umgewandelt, die aus der Mietssteuer oder sonstigen dafür bereiten Aufkommen entnommen werden, natürlich Goldwert haben und für die ein Zinsfuß von 6 Prozent gefordert werden soll. Die Stadt trägt also den Zinsverlust an eigenen Zinsen gegenüber den berechtigten für die Zeit, bis ihr zinslose Gelder zur Verfügung stehen. Für eine kleine Wohnung wird das Baugeld bzw. die Hypothek etwa 4000 Mark oder 60 Mark für ein Quadratmeter Nutzfläche betragen müssen. Der Unternehmer muß dann noch etwa 1500 bis 2000 Mark je Wohnung aus eigenen Mitteln aufweisen. Für die Hypotheken hat die Stadt zu zahlen 18 Prozent oder 720 Mark, je berechnet 6 Prozent oder 240 Mark, hat also für ein Jahr einen Verlust von 480 Mark. Dieser Betrag stellt den Zuschuß der Stadt für die Errichtung einer Wohnung dar und läßt sich unter Umständen durch Abschlußprovision wieder einbringen. Die Stadt bietet diese Baugelder den Bauunternehmern und event. Privatgrundbesitzern an unter der Bedingung, daß sie ausreichende bauliche und persönliche Sicherheit stellen, und daß die Baupläne den Anforderungen des Stadlungsamtes entsprechen und die Wohnungen, wenigstens zum größten Teil, dem freien Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Für größere Wohnungen würde der Einheitsfuß für die über 35 Quadratmeter hinausgehende Nutzfläche nur noch 35 Mark betragen. Im einzelnen müßten die Grundstücke für die Vergabe von

Baugeldern und Hypotheken im Benehmen mit der Sparfassenverwaltung festgelegt werden.

Ein diesbezüglicher Beschluß der Stadtverordneten würde jedenfalls als erster Versuch den Nachweis erbringen, ob sich eine ausreichende Zahl von Bauunternehmern bereit findet, auf diesem Wege die Bautätigkeit und die Beschaffung von Wohnungen wieder zu übernehmen, ob demnach der Übergang zur Privatwirtschaft im Wohnungsbau möglich ist. Wenn etwa 10 Unternehmer je ein Haus von 6 Wohnungen auf diesem Wege in Angriff nehmen, so würden damit etwa 120 Baugelder auf die Dauer von 9 Monaten Beschäftigung finden und 60 Wohnungen gewonnen werden, während das Opfer der Stadt nur in dem Zinsverlust von 60 mal 480 Mark gleich 28 800 Mark bestände. Wie lange die Stadt diesen Zinsverlust zu tragen hat, wird allerdings erst klar zu stellen sein, wenn über die gesetzliche Regelung der Aufbringung weiterer Mittel für den Wohnungsbau Entscheidung getroffen ist. Die Vorlage fand unüberändert einstimmige Annahme.

Wohnungspolitik.

Man schreibt uns:

In den Parlamenten der deutschen Länder entspinnen sich lebhafteste Kämpfe um die von der Reichsregierung eingeleitete Wohnungspolitik. Da hierbei zwei grundverschiedene Tendenzen durcheinanderlaufen, ist es für den Laien schwer, sich über den einflussreichen Weg ein Urteil zu bilden. Die Vertreter der öffentlichen Finanzen suchen jede Gelegenheit wahrzunehmen, um neue Reichs- und Staatsbeiträge aus dem Boden zu stampfen. Ihnen erscheint die Tatsache, daß der Mieter nur ein Drittel des Vorkriegspreises zu bezahlen hat, als ein willkommener Anlaß, Beträge für die öffentlichen Kassen einzuhemsen. Dies kann geschehen, ohne daß dem Hausbesitzer Nachteile von seinem Vorkriegseinkommen gemacht werden. Rechnet man durchschnittlich eine hypothekarische Belastung der Wohnhäuser vor dem Kriege in Höhe von 65 Prozent, so ist nach dem nahezu völligen Wegfall dieser Belastung begrifflich ein Mietszins von 35 Prozent ausreißend, um laufende Instandhaltungsarbeiten zu decken und dem Hausbesitzer einen angemessenen Gewinnanteil zuzuführen. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß während der letzten zehn Jahre die Immobilien unzureichend instandgesetzt worden sind, und daß auf diesem Gebiete manches nachgeholt werden muß, wenn den Wohnungsbauern ihre normale Lebensdauer erhalten bleiben soll. Die Mietsbestimmung, welche jetzt im Rahmen der erlassenen Reichsverordnung seitens der Länder durchgeführt werden soll, geschieht also im Grunde aus den Beträgen, welche den enteigneten Hypothekenbesitzern verloren gegangen sind. Nun wird gegen eine hohe Mietssteuer (die preussische Regierung hat 25 Prozent der Friedensmiete vorgeschlagen) eingewandt, daß die Einkünfte der Mieter nicht ausreichen, um diese Mehrbelastung zu tragen. Es ist nur ein Schönheitspfäferchen, wenn erklärt wird, die Erträge der Mietssteuer sollten „zum Teil“ Neubauten von Mietskäufern zugute kommen. Nur der zehnte Teil des Mietssteuerertrages (2 1/2 Prozent der Friedensmiete) soll für Neubauten Verwendung finden, der Rest soll helfen, die kollektiven Sanftensarbeiten zu heilen. Die Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses haben einstimmig gegen die Mietsbestimmung protestiert. Es liegt auf der Hand, daß ein so wichtiges Gebiet wie die Wohnungspolitik nicht von fiskalischen Erwägungen beherrscht sein darf. Andererseits ist der Gedanke durchaus gerechtfertigt, daß zur Herstellung normaler Verhältnisse auch die Wiederherstellung des normalen Mietszinses gehört. Nur die wenigsten Bauweisen werden in der Lage sein, Neubauten zu 100 Prozent (d. h. voll) aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Zeigend ist jedoch bekanntlich nicht unter 20 Prozent im Jahre zu haben; hypothetischer sicherer Kredit wird zwar billiger gegeben, aber doch nur in ganz geringfügigem Maße. Unter 8 bis 10 Prozent ist an die Aufnahme von Hypothekendarlehen gar nicht zu denken. Das bedingt aber eine Vermehrung der Mietsen für neue Käufer nicht nach dem Vorkriegsstand, sondern erheblich höher. Solange die Spanne zwischen den Mieten in alten Häusern und in neu zu bauenden Häusern nicht ausgeglichen ist, werden normale Verhältnisse im Wohnungswesen nicht eintreten können. Denn sonst wird jede Neuerrichtung eines Hausstandes, und das bedeutet bevölkerungspolitisch jede Neugründung einer Familie, auf dem Umwege über einen erhöhten Mietszins besteuert. Es ist im Sinne einer gefunden deutschen Wirtschaftspolitik und Bevölkerungspolitik, wenn die Mietsätze, zwar allmählich aber zielbewußt, auf einen vernünftigen, d. h. den Lebensverhältnissen entsprechenden Stand gehoben werden, und daß der notwendige Ausgleich durch eine Erhöhung der Gehälter und Löhne, nicht aber durch eine Vermehrung der in jeder Beziehung verwerflichen Wohnungsbewirtschaftung erfolgt.

Evangelisch-Kirchliches.

Pflege der Kirchenmusik. Am 25.—28. Juli hat der westfälische Kirchen-Gesangverein seine Tagung in Gagen. Am 25. und 26. Juli in der Pauluskirche das Oratorium „Festa von Sibelius“ in der Bearbeitung von Stefani aufgeführt. Am Sonntag, 27. Juli, ist in allen Kirchen Festgottesdienst und außerdem ein festlicher Kindergottesdienst. In der Hauptversammlung am demselben Tage waren Geheimrat D. Smeets-Münster und Pastor Giese-Böhm (prehen, wobei die vereinigten Kirchen-Gesangvereine unter Mitwirkung namhafter Solisten und des fäktischen Orchesters zu Gehör bringen werden. Die geschäftlichen Verhandlungen sind auf Montag verlegt. Es wird geplant, ihr die Tagung ein Festbuch herauszugeben, das Einzelheiten über die Pflege der Kirchenmusik enthalten soll. Die ganze Veranstaltung soll dem Butcherliederverein gewidmet sein.

Buntes Allerlei.

Das Geheimnis der altägyptischen Geigen, über das schon so viele Hypothesen aufgestellt worden sind, glaubt neuerdings der Kaufschmiedler Dr. Rudolf Dittmar in einem Aufsatz in der „Chemiker-Zeitung“ erdacht zu haben. Das ganze Geheimnis beruht nach ihm darin, daß Amati, Stradivari, Maggini, Albani usw. das Holz des Refonanzbodes der Geige mit einem kautschukförmigen Milchsaft, wie z. B. Wollmilch, vor der Lackierung imprägnierten. Dafür sprechen auch Untersuchungen von Franz Josef Koch, der bei der mikroskopischen Untersuchung altägyptischer Geigenholzes unmittelbar unter dem Lack eine elastische Grundierung feststellte. Wenn diese Annahmen richtig sind, dürfte es heute leicht gelingen, altägyptische Geigen überall in der Welt herzustellen, da man jetzt Kautschukmilchsaft als Handelsprodukt erhalten kann. Die Kautschukimprägnierung nimmt dem Holz die Spannung in welche es durch das Austrocknen gerät und macht die Holzmasse vollkommen gleichförmig.

Neben Handarbeit und Lebensauskunft plaudert in der „Umschau“ Bruno Kurth, der sich als „Diplom-Verfahrens-Verständiger“ bezeichnet. Auf Grund von Beobachtungen in einer Lebensversicherungs-Gesellschaft gelangt er zu dem Schluss, daß man aus gewissen Charakteristiken einer Handarbeit auf die längere oder kürzere Lebensdauer eines Menschen schließen kann.

3. B. ist in so früher mit dem Eintritt des Todes zu rechnen, je weiter jemand schreibt, und je höher die Kurzhandschreiben. Ebenso deutet eine drucklose Schrift auf eine längere Lebensdauer. Eine besondere Bedeutung kommt aber der Regelmäßigkeit und der Längenunterschiedlichkeit der Schrift zu. Unter einer regelmäßigen Schrift versteht man eine solche, wo die Kurzhandschreiben die gleiche Höhe sowie Breite haben und mit der Schreibzeile stets denselben Winkel bilden. Das Verhältnis der Kurzhandschreiben und Langhandschreiben untereinander soll normalerweise 1:4:7 betragen. Leute mit regelmäßiger Schrift und mit normaler Längenunterschiedlichkeit haben nach Kurth größere Aussicht auf ein langes Leben. Kurth weist z. B. auf den Märchenbichter Hauff hin, der eine sehr unregelmäßige Schrift hatte und auch früh gestorben ist, während dagegen Kant, der über 70 Jahre alt geworden ist, überaus regelmäßige und wenig Längenunterschiedlichkeit schrieb. Bei vorgenommenen Proben hat Kurth aus der Handschrift in Verhinderungspolken bereits Verstorbenen in 75 Prozent der Fälle das Lebensalter richtig angeben können.

CK. Ein neuer Urnenschatz in Spanien. Vorhistorische Untersuchungen und Grabungen in einem Gebiet bei Cordoba, das in prähistorischen Zeiten von einem See ausgefüllt gewesen zu sein scheint, haben zu neuen wichtigen Entdeckungen geführt, die in einer Sitzung der Akademie der Wissenschaften von Cordoba bekannt gegeben wurden. Die Akademie erklärt, daß ein Schatz und einige Kleinigkeiten, die in dieser Gegend in einem vorzüglichen Zustand der Erhaltung gefunden wurden, einem Urnenschatz angehören, der der Rasse des Neandertals zuzurechnen ist. Die neuen Funde gehören zu den ältesten Urnenschatzen, die bisher von dem vorgeschichtlichen Menschen in Europa gefunden worden sind. Mit ihnen zusammen wurden verstreute Steinwerkzeuge geborgen, die aus der älteren Steinzeit stammen. Man schätzt das Alter des Neandertalschutzes, der in diesem Schatz seinen Namen nach dem berühmten Funde in der Nähe von Heidelberg erhalten hat, auf 50 000 Jahre.

Letzte Drabtmeldungen.

Grafenrat Haenisch gegen Kahr und Seifher.

w. Berlin, 25. März. Der preussische Staatsminister a. D. Konrad Haenisch hat nach einer Witterungsmeldung aus Frankfurt als Vorsitzender des Republikanischen Reichsbundes gegen Kahr, Hoffmann und Seifher, den Ministerpräsidenten v. Knilling und den Minister des Innern Schöcher bei der Staatsanwaltschaft in München Strafantrag gestellt, weil die Genannten dadurch, daß sie den wegen gemeinen Verbrechens gefuchten Kapitänleutnant Schöcher nicht verhaftet, sondern ihre sogar Ausweisung ausgestellt haben, sich im Sinne des § 346 des Reichsstrafgesetzbuches strafbar gemacht haben.

Das Ermittlungsverfahren gegen Kahr, Hoffmann und Seifher.

w. München, 25. März. Zu der Meldung eines Berliner Blattes, wonach das Ermittlungsverfahren gegen Kahr, Hoffmann und Seifher vom ersten Staatsanwalt eingestellt werden soll, verlautet von unabhängiger Seite, daß bisher darüber noch keine Entscheidung ergangen ist.

Neue Richtlinien für Polens Politik gegenüber Danzig.

TU. Danzig, 24. März. Der polnische Vertreter in Danzig, Dr. Straßburger, wird heute zur Verhandlung in Warschau erwartet. Wie es heißt, soll die in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit so lebhaft diskutierte Frage der grundsätzlichen Einstellung gegenüber Danzig, nämlich ob Boykott oder nicht Boykott, Gegenstand von Beratungen der polnischen Regierung sein. Bekanntlich sind besonders die Danziger Polen unter Führung des Volksabgeordneten Momzynski gegen die diskutierte Parole aufgetreten.

Anerkennung Sowjetrußlands durch Dänemark.

TU. Kopenhagen, 24. März. Die dänische Regierung hat beschlossen, die Sowjetregierung de jure anzuerkennen. Die Anerkennung soll noch vor den Neuwahlen, d. h. in den nächsten Tagen stattfinden.

Abiehung des Schahs von Persien.

TU. London, 24. März. Aus Teheran wird gemeldet, daß die persische Regierung angesichts der Opposition des Clerus den Gedanken an eine Ausreisung der Republik vorläufig fallen läßt. Das Parlament hat die Abiehung des gegenwärtigen Schahs beschlossen und verfügt, daß sein jüngerer Sohn den Thron bestiegen soll.

Falsche Notgeldscheine.

TU. Berlin, 24. März. Vom Reichsfinanzministerium wird uns mitgeteilt: In letzter Zeit sind mehrfach Notgeldscheine aufgetaucht, die vom Reichsverband für Bergwerks- und Hüttenindustrie ausgestellt sind. Soweit festgestellt werden konnte, gibt es einen solchen Verband in Deutschland nicht. Es wird daher gewarnt, berartige Scheine in Zahlung zu nehmen.

Der Mordmörder von Juit vor Gericht.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Kurth begann der Prozess gegen den Ingenieur Franz Stolle aus Lachen. Stolle ist angeklagt, am 12. Juli 1923 in den Dänen der Insel Juit die 16jährige Tochter des Fabrikanten Daubend aus Norddorf bei Elberfeld ermordet zu haben. Die Tat hat seiner Zeit ungeheures Aufsehen erregt. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 15 Jahren Zuchthaus.

Todesurteil gegen zwei Raubmörder.

w. München, 25. März. Die beiden Raubmörder Zehl und Jungmiller, welche zusammen am 14. Dezember vorigen Jahres den Uhrmacher Stephan Haas in seiner Wohnung in Schwabing ermordet und beraubt haben, wurden gestern vom Volksgericht zum Tode verurteilt. Aburteilt wegen Begünstigung zwei Monate Gefängnis.

Beachtenswert: Für Politik, Feuilleton, Lokales und Handel: Ernst Dente; für Sport und Segel: Richard Kopp; für Wissenschaft, den abigen Zeitungen und „Feuilleton“: J. Schindler; für Lokale und Lokale: Eugen Wolff, sämtlich in Böhm.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Welt-Lichtspiele

Bochum, am Hauptbahnhof

Nur noch Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
zeigen wir den amerikanischen Groß-Film

Seelenhandel.

6 Akte aus dem Leben eines Filmstars.

Von dem Leben des Filmstars in den großen amerikanischen Ateliers wird der Schleier des Geheimnisses gezogen und zum ersten Mal mit der Geschichte eines jungen Mädchens, das aus der Verborgenheit zu dem Rang einer berühmten Künstlerin emporsteigt, das Dasein gezeigt, wie es wirklich ist.

Brautfahrt mit Hindernissen

Palladin-Lustspiel in 6 Akten, mit
Pat und Patagon
die beiden Kanonen.

Dazu:

„ER“ im Seebade und Anstandslehre für junge Damen.

Bochum, den 26. März, 8 Uhr

im großen Parkhaus-Saal

HEITERER ABEND

Plaut

Literarisches, Oper, Oratorium, Schauspiel, Poesie, Kino, Variété, Lieder zur Laute u. Klavier.
Ich gebe zehn Operettenabende, ein für einen Heiteren Plautabend. (Berlin, Neues Programm, Börsenztg.)
Karten zu Bill. Mk. 3.— bis 2.—.
Hengstenberg, Kortumstr. 16, Tel. 2817/18, Wicharz, Kortumstr. 6, Tel. 1765.

Voranzeige

Ruhrland-Buchhandlung G. m. b. H.

Abt. Oskar Hengstenberg, Bochum.

Im Evang. Verelshaus, Mühlenstr.

Donnerstag, den 27. März, 8 Uhr:

VORTRAG

mit Lichtbildern

Dr. P. Lertes

Assistent am physikalischen Institut der Universität Frankfurt

Radiotelephonie u.

Radiotelegraphie

Karten zu 2.— Bill. Mk. nummeriert, 1.— Bill. Mk. unnummeriert Buchhandlung: Hengstenberg, Kortumstr. 16, Musikalienhandlung Wicharz, Kortumstr. 6.

Freie Volksbühne e. V. Bochum.

Am Donnerstag den 27. März, abends 8 Uhr

im Parkhaus-Saal

Sonderkonzert

Ausführende: Kapellmeister Ludwig vom Stadttheater Duisburg (Klavier).

Die Bläservereinigung des Stadt. Orchesters Bochum.

Werke von Mozart, Beethoven, Thulie.

Eintrittskarten nummeriert Mk. 1.—, unnummeriert Mk. 0.70.— in der Geschäftsstelle Allee-straße 6, auch für Nichtmitglieder erhältlich.

Erwerbslose Mitglieder 50% Ermäßigung.

Für den Hausputz!

Stores,

eigene Anfertigung in jeder Größe m. schön. Einsätzen, groß. Motiven, mit und ohne Volant zu billigen Preisen. Spannstoffe, Scheibengardinen, Etamine, einfach und doppelte Breite, in gr. Auswahl

Westdeutsche Gardinen-Industrie

gegenüber d. Meinolphus-Kirche, Pieperstraße 2

Stadtheater

Bochum-Duisburg.

Dienstag, 25. März,

gegen 10. Sum.

1. Male! A. 19.

Ghera, Gatre,

Stonie u. tiefer

Bedeutung.

Eintritt 1. 3. Musika-

von Dietrich Grabbe.

Mittwoch, 26. März,

7-10. A. 19.

Trambauer.

Eintritt 1. 3. Musika-

von Dietrich Grabbe.

Mittwoch, 26. März,

7-10. A. 19.

Trambauer.

Eintritt 1. 3. Musika-

von Dietrich Grabbe.

Mittwoch, 26. März,

7-10. A. 19.

Trambauer.

Eintritt 1. 3. Musika-

von Dietrich Grabbe.

Mittwoch, 26. März,

7-10. A. 19.

Trambauer.

Eintritt 1. 3. Musika-

von Dietrich Grabbe.

Mittwoch, 26. März,

7-10. A. 19.

Trambauer.

Eintritt 1. 3. Musika-

von Dietrich Grabbe.

Mittwoch, 26. März,

7-10. A. 19.

Trambauer.

Eintritt 1. 3. Musika-

von Dietrich Grabbe.

Mittwoch, 26. März,

7-10. A. 19.

Trambauer.

Eintritt 1. 3. Musika-

von Dietrich Grabbe.

Mittwoch, 26. März,

7-10. A. 19.

Trambauer.

Eintritt 1. 3. Musika-

von Dietrich Grabbe.

Mittwoch, 26. März,

7-10. A. 19.

Trambauer.

Millmoos — Sonnenblau
Senilroy — Tomblau

4 Ruckeln - Feigen in Strumpfwaren

Trüben Sie die Ware!

Trüben Sie die Treise!

Donner-Übermüß

Baumwollstrümpfe engl. lang, in schwarz und farbig	0.48	la. Maceostrümpfe engl. lang, verstärkte Sohle und Ferse	1.45
Baumwollstrümpfe engl. lang, nahtlos, schwarz und farbig	0.75	Seidenstrümpfe dopp. Sohle u. Hochferse engl. lang, schwarz u. farbig	1.75
Baumwollstrümpfe grau und lederfarbig, mit Doppelschle und Ferse	0.95	la. Seidenstrümpfe dopp. Sohle u. Ferse schwarz und lederfarbig	2.50
Schleierstrümpfe mit Seidengriff, in schwarz und lederfarbig	1.25	Kunstseidene Strümpfe dopp. Sohle u. Ferse in grau und mode	2.50

Leinen-Übermüß

Gebrauchssocken grau gestrickt	0.48	Modersocken feinfädig, gute Qualität, in vielen Farben	0.95
Baumwollsocken feinfädig in schwarz und farbig	0.58	Modersocken schwarz und hellfarbig, mit Zwickel	1.25
Baumwollsocken la. Qual., mit doppelter Sohle u. Ferse, schwarz	0.75	Modersocken farbig kariert, gute Qualität	1.65

Kinden-Übermüß

Kindersocken in schwarz Größe 1-3 4-6 7-10 0.25 0.35 0.45	Kindersocken in lederfarbig und schwarz Größe 4 5 6 0.35 0.40 0.45
Kindersocken farbig, mit Ringelrand Größe 1-3 4-6 7-10 0.35 0.45 0.55	Füßlinge in Baumwolle 0.38 " gew. Woll 0.95

Preise in Billionen-Mark.

Sued. Ryggel

G. m. b. H.

Telephon 643-647.

Bochum

Kellweg 2.

Bücherstube W. Severin

Bochum, Bongardsstr. 27.

Der für den 26. März
angesetzte Vortrag:

„Vom Einfluss der Gestirne“

fällt wegen Verhinderung
des Vortragenden aus.

Franz Bombolowski

Einigewert Holzha Blang Stimmertrennfabrik

Bochum, Bierhausstraße 82-88 Fernruf 4059 u. 2954

Großes Lager in Schreiner- und Bauholzern

Lieferung von Bauholz & Deckenpflatteln

:: Zweigabteilung: Liebenzell im Schwarzwald ::

Wo kaufe ich meine Garten- und Feldsämereien?

Nur beim Fachmann!

Sämtliche Sämereien in guter keimfähiger Qualität. Sämtliche Pflanzen bei geeigneter Zeit abgehärtet. Bei offenem Wetter Räumungsverkauf in Rosen, Obstbäumen, Stauden, Frühjahrsblühern, Dahlien (Georginen) in nur guten, ca. 30 Sorten.

Das Alter meines Geschäfts bürgt für gute Bedienung.

Gegr. 1873.

Gärtnerei P. Binger,
Weimar, Kohlenstr. 173, Telefon 1558.

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)
Pianos Flügel-Harmoniums
Verkauf an Private.
Roth & Junius
Hol-Piano- u. Flügel-Fabrik
Hagen (Westf.)
Filiale: Berlin
Hardenbergstr. 14
NB. Wir führen in Sonderabteilung echte Gramophone mit Künstlerplatten. — Verkauf direkt an Private zoll- und frachtfrei.

Carl Hackert
Feinbäckerei
Bochum, Heliweg 4
Spezial-Geschäft für
Brötchen
Zwieback
Weißbrot
Pumpernickel

Kohlen und Koks
Anthrazitkohlen
Gottfried Wilhelm / Langenbrahm
liefern prompt
Gustav Gräfe G. m. b. H.
Bochum, Buddenbergstr. 9. Telefon 122.

Klavierstimmer
Kuenemann, Bochum, Allee-Str. 55.
Reparaturen, Besetzungen.

Wichtig für alle Bochumer Fernsprechteilnehmer

Von allen den Fernsprechteilnehmern, deren Adresse, Firma, Anschlussnummer im letzten Jahr geändert worden ist, oder die einen neuen Anschluss erhalten, oder den Anschluss eines anderen übernommen haben, erbiten wir schnellstens die für die Eintragung im Telefon-Verzeichnis, das Anfang April erscheint, gewünschten Angaben. Wenn außer dieser kostenlosen Eintragung im alphanetisch geordneten Verzeichnis noch weitere Angaben auf andern Seiten erfolgen sollen, für die eine entsprechende Gebühr erhoben wird, bitten wir, auch diese Wünsche uns sofort bekanntzugeben.

Verlag des
Bochumer
Gesellschafts-Adressbuches
Schäumann & Klages
Bochum, Mühlenstraße 12.



Schmiedeknecht
Wittenstr. 40-42 u. 30 Bochum
Telefon 3881 — gegründet 1871

